

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

155 (7.7.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unfern Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 S. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 21. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Restameile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die kommenden Steuern

Berlin, 6. Juli. In der heutigen Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrates gab Reichskanzler Dr. Brüning eine Erklärung über den Gesamtdedungsplan der Reichsregierung ab. Die direkten und die indirekten Steuern hätten sich etwa die Waage. Als wesentlich neue direkte Steuer ist eine Veredelung des Reichsnotopfers vorgesehen, die etwa einer Umwandlung in eine länderweise Vermögenssteuer entspräche. Der Reichskanzler betonte jedoch, daß er vom Reichswirtschaftsrat einen Ausbau und eine Erweiterung des bezeichneten Notopfers erwarte, insbesondere eine Klärung der Frage einer Beteiligung des Reiches an den Realwerten; auch sei eine zweckmäßige Ausgestaltung der Kohlensteuer anzustreben. Ohne diese Maßnahme könne das Dedungsproblem nicht restlos gelöst werden. In der anschließenden Erörterung wurde die Mitarbeit des Reichswirtschaftsrates bekräftigt. Sowie man hört, rechnet das vorläufige Programm der Regierung mit einem gesamten Steuerertrag von 30 Milliarden Mark, von denen, wie der Reichskanzler sich in Reichswirtschaftsrat sagte, je die Hälfte auf direkte und indirekte Steuern entfallen würde. Im Reichshaushaftsplan soll ein eigener Reparationsrat geschaffen werden, der in Einnahme und Ausgaben eine gewisse Selbstständigkeit gegenüber den Verwaltungs- und Betriebsbetrieben erhalten soll. Der Reichskanzler wird im Anschluß an die Mitteilungen des Reichswirtschaftsrates und die sich etwa daran knüpfende Debatte einen Ausschuß bilden, der bis zum September die einzelnen Vorlagen zusammen mit der Regierung vorberaten soll.

Das Urteil gegen Stenger und Grunius

Leipzig, 6. Juli. Am 3.10 Uhr vertritt der Gerichtshof den Sitzungssaal. Der Verteidiger von Major Grunius verliest einen Brief, in dem sich ein Feldwebel anbietet zu bekunden, daß auch Major Müller den Befehl gegeben hat. Die Verteidigung stellt den Antrag, den Zeugen zu laden. Der Oberstaatsanwalt bittet den Antrag abzulehnen. Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück. Am 3.30 Uhr vertritt der Gerichtshof von neuem den Saal und verkündet, daß der Antrag abgelehnt ist. Hierauf wird folgendes Urteil verkündet: Generalleutnant Stenger wird freigesprochen. Der Angeklagte Major Grunius wird wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis und zum Verlust des Rechtes zum Tragen der Offiziersuniform verurteilt, im übrigen freigesprochen. Die Untersuchungskosten wird angerechnet. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

In der Begründung des Urteils gegen Generalleutnant Stenger und Major Grunius heißt es u. a.: Dafür, daß Generalleutnant Stenger am Morgen des 21. August einen Befehl des Inhalts gegeben habe, wie er in der Anklageurkunde der Auslieferungsliste angenommen ist, haben die Verhandlungen keinen Beweis erbracht. Der Gerichtshof habe die Überzeugung erlangt, daß ein solcher Befehl nicht erteilt worden ist. Auch die Worte, die General Stenger auf dem Exerzierplatz beim Vorbeimarschieren den Truppen zugerufen hat, seien nicht so gehalten gewesen, daß sie mißverstanden werden konnten. Auch die Äußerungen, die zweifelslos stattgefunden haben, fallen ihm nicht zur Last. Was den Angeklagten Major Grunius anbelangt, so schreiben zunächst alle Handlungen am 26. August aus, weil Grunius nach dem Gutachten der Sachverständigen an diesem Tag infolge von Geistesstörung seiner freien Willensbestimmung beraubt war. Anders liegt die Sache bezüglich des 21. August. An diesem Tag sei die Zurechnungsfähigkeit des Majors Grunius nicht herabgemindert gewesen. Das Gericht ist der Ansicht, daß dem Angeklagten nicht der Vorwurf zur Last gelegt werden kann, sondern nur fahrlässige Tötung zur Last gelegt werden kann. Auf Anerkennung zum Tragen der Uniform mußte auf Grund des Militärstrafgesetzbuches erkannt werden, da die über den Angeklagten verhängte Gefängnisstrafe mehr als ein Jahr beträgt.

Eine Demonstration

Leipzig, 7. Juli. Als General Stenger mit seiner Familie im Auto das Reichsgerichtsgebäude verließ, wurde er von der angesammelten Menge, die sich aus Angehörigen aller Stände zusammenschickte, mit lauten Hurra-Rufen empfangen. Der General richtete sich im Auto auf und winkte mit der Hand. Als die vier französischen Kontrolleure im zweiten Auto folgten, erschollen laute Hurrufe. Die französischen Herren nahmen diese Hurrufe mit politischem Lächeln auf, namentlich der französische Advokat Rattler, der sich halb im Auto aufrichtete und die Menge fixierte.

Warmnachrichten aus Moskau

Moskau, 7. Juli. Der „Korob“ veröffentlicht eine Meldung, worin es heißt: Einem Telegramm aus Helmingfors zufolge ist Trotzki in Moskau verhaftet worden. Der Krenel wurde befestigt. Veranlassung gab der Selbstherrschendrang Trotzki's. (Eine Bestätigung der Meldung des polnischen Blattes von anderer Seite liegt noch nicht vor.)

U. Paris, 7. Juli. Nach einer Meldung des „Temps“ soll nach Informationen aus nächster Quelle Trotzki bereits im Juni auf Befehl von Lenin verhaftet worden sein.

Auch diese Meldungen wird man vorläufig mit starkem Mißtrauen aufnehmen müssen.

Aus Oberschlesien

Der französische Terror in Beuthen

Berlin, 6. Juli. In Beuthen hat gestern vormittag eine Sitzung der deutschen Parteiführer und Gewerkschaftsvertreter stattgefunden. In dieser wurde ein Aufruf fertiggestellt, der zur Ruhe und Besonnenheit mahnt und das Bedauern über die Vorfälle ausdrückt. Der Aufruf sollte am nachmittag der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Parteiführer beschloßen, eine Deputation zu dem französischen Kreisinspektor zu entsenden, um wegen der besonders für die arbeitenden Massen unerträglichen Bestimmung der schon um 6 Uhr nachmittags beginnenden Sperrung des Straßenverkehrs Protest zu erheben und wegen der Freigabe der bereits am Vortage und am frühen Vormittag festgesetzten Geiseln vorstellig zu werden. Bevor jedoch der gewählte Kreisinspektor sich zum Kreisinspektor begeben konnte, wurden die Herren verhaftet. Die Stadt Beuthen ist nach wie vor von französischen Posten umstellt und jeglicher Zu- und Ausgang verboten. Der Zugverkehr, der erst gestern wieder begonnen hatte, ist von neuem vollkommen eingestellt. Was gestern nachmittag aus dem ersten Bürgermeister, dem Stadtrat Kasperowicz und dem Polizeidirektor Bender noch folgende Beuthener Persönlichkeiten festgenommen worden: Bergassessor Bloch als Geiseln für den verarmenden Vater, dessen Verhaftung fälschlich gemeldet worden war, Stadtrat Krüger, Gemeindevorstand Raschel, Stadtrat Trappe, Oberstaatsanwalt Gorfow.

Frankfurter Pressestimmen

Paris, 6. Juli. Der Zwischenfall von Beuthen ruft hier große Erregung hervor. Die nationalistiche Presse beitreitet die amtliche deutsche Darstellung und behauptet, daß es sich um ein vorbereitetes Attentat gehandelt habe, über das man sich nicht zu wundern brauche, da noch immer tausende von Franzosen das Abstammungsgebiet unfruchtbar machten. „Figaro“, „Matin“ und andere Blätter fordern unausgesprochen Einmarsch gegen die deutsche Bevölkerung. Dagegen schreibt Herze in der „Revue“, daß die Verantwortung für den Vorfall ausschließlich die Polen treffen, die durch ihren Aufruf eine deutsche Gegenbewegung hervorgerufen, die Entschädigung der Entsetzten im Westen verweigert und die Alliierten in die Zwangslage verwickelt hätten, die Grenze mit Bajonetten zu ziehen. Der „Populaire“, der es begründet findet, wenn bei der deutschen Bevölkerung die nationale Erregung auf der Höhe geliegen sei, meint, die Schuld treffe allein die Alliierten, die sich bisher über die Lösung des ober-schlesischen Knotens nicht zu einigen vermocht hätten.

Für die Gerechtigkeit, die in weiten Kreisen gegen England herrscht, ist bezeichnend, daß der Deutscher Wortfall einigen Wärlern Anlaß zu scharfen Ausfällen an die Adresse London gibt, so dem „Figaro“, der darauf hinweist, daß die Oberschlesier in den Engländern ihre besonderen Beschützer und gewissermaßen Verbündete sähen, und hieran antwortend erklärt, daß das englisch-französische Zusammenwirken aufgeführt habe oder sich zum mindesten unter höchst paradoxen Erscheinungen vollziehe; das könne nicht so weiter gehen, ohne die Freundschaft zwischen den beiden Ländern ernstlich zu gefährden.

Das polnische Militär in Oberschlesien

Kattow, 6. Juli. Wie heute einwandfrei feststeht, steht in diesem Augenblick folgendes polnisches Militär auf ober-schlesischem Gebiet: Schopink Inf.-Regt. 54, zwei Schwadronen der 18. Ulanen, Laurachütte Inf.-Regt. 118, Sognowice Pioneer-Regt. Nr. 11, Teile davon in Schopink. In Anbilit stehen 6 gepanzerter Kolonnen, 2 vollständige Panzerzüge mit je drei Feldgeschützen und mehreren Maschinengewehren. In Lattschau rücken die Polen einen Geschütz- und Minenwerferpark mit sehr viel Munition ein. In Polenow liegt die sog. Marinebrigade. Diese hatte sich selbständig erklärt und weigert sich zurückzugehen. Sie besitzt 8 75 Ctm.-Geschütze, 4 105 Ctm.-Gaubitzen und 4 französische Tanks.

Der Reichskanzler geht nach Breslau

Berlin, 7. Juli. Der Reichskanzler und der preussische Minister des Innern Dominikus werden voraussichtlich heute nach Breslau fahren. Die beiden Minister werden dort mit den Behörden und mit den Führern der politischen Parteien Besprechungen haben. Am Freitagabend wird der Reichskanzler in einer öffentlichen Versammlung eine Rede halten, in der er sich über die großen politischen Fragen, besonders über Oberschlesien verbreiten wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich auch der preussische Ministerpräsident Stegerwald an dieser Ministerreise beteiligt.

Die kommunistenherrschaft in Heitstadt gebrochen

Heitstadt, 6. Juli. Bei der hier erfolgten Stadtverordnetenwahl erhielten die bürgerlichen Parteien zehn Sitze, das Gewerkschaftsamt ebenfalls zehn Sitze, die Mehrheitssozialisten drei und die unpolitische Arbeitsliste gleichfalls drei Sitze. Damit ist die Herrschaft der Kommunisten, die hier bisher tonangebend war, gebrochen worden.

Kampfanlage dem neuen italienischen Kabinett

Lugano, 6. Juli. Die Sozialisten sind zur schärfsten Opposition gegen das neue italienische Kabinett übergegangen, da das Kabinett eine Reihe von Reaktionen enthält. Schärfste Gegenwehr fanden auch die vereinigten Faschisten, Nationalisten und Rechtsliberalen an. Auch hervorragende Sozialisten sind mit der neuen Regierung unzufrieden. Selbst die Fraktionen, aus deren Mitglieder sich das Kabinett zusammensetzt, sind nicht zufrieden. Der „Avanti“ nennt das Kabinett einen geborstenen Diener Frankreichs.

Zur Leipziger Resolution

Die Voraussage bürgerlicher Blätter, es werde auf dem Parteitag der Sächsischen Sozialdemokratie in Leipzig über den Chemnitzer Einigungsantrag zu heftigen Kämpfungen kommen, hat sich nicht erfüllt. Jeder Kenner der Verhältnisse in der Sozialdemokratischen Partei hat da richtig voraussagen müssen, wo die bürgerlichen Blätter falsch prophezeit haben. Die Einigungstendenz in der Arbeiterklasse ist so stark, daß die Vorstellung, man könne sich über die Einigungsfrage verneinigen, von vorneherein ganz unmöglich war. Man hat sich kameradschaftlich ausgesprochen, und an Stelle der Chemnitzer Resolution ist ein gemeinsamer Antrag der Chemnitzer, Leipziger und Dresdener Genossen angenommen worden, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Sachsens erklart im Einheitsstaat, der nach den Grundfragen der Sozialdemokratie aufzubauen den deutschen Republik die Staatsform, durch die die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete bis aufs äußerste gestaltet werden kann und die in ihren Wirkungen dem gesamten Volke unbeschränkt zugute kommen soll.“

Die Zustimmung beider sozialistischen Parteien zum Ultimatum und die Solidarität von Großkapital und Reaktion bei der Abwälzung der Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes zwingen auch die Arbeiterklasse zur Herstellung einer starken politischen Einheitsfront.

Die gemeinschaftliche Regierungsarbeit beider sozialdemokratischen Parteien in Sachsen hat bewiesen, daß die theoretischen und sachlichen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen keineswegs mehr so groß sind, daß sie ein dauerndes Hindernis der Wiedervereinigung beider Parteien bilden müßten.

Die Landeskonferenz bekräftigt deshalb den festen Willen, die von den beiden sozialistischen Parteien gebildete Regierung zu halten und ihre Arbeit mit allen Kräften zu fördern und schlägt vor, nichts unversucht zu lassen, um nicht nur im Landtage, sondern auch in den Gemeindeparlamenten Arbeitsgemeinschaften zu schaffen mit dem Ziele einer späteren organisatorischen Wiedervereinigung.

Als zur Erreichung dieses Zieles werden Parteileitung und Fraktion ihre Tätigkeit entsprechend dem Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Beschlüssen ihrer Parteitage im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung entfalten.

Bei einer Veränderung der politischen Lage, gleichwie in welcher Form, ist eine außerordentliche Landeskonferenz einzuberufen.

Die Annahme dieses Antrages wird auch außerhalb Sachsens in der ganzen Partei lebhaft begrüßt werden. Die unabhängige Berliner „Freiheit“ hat dieser Lage ein etwas ängstlich klingendes Dementi veröffentlicht, in dem gesagt wurde, daß alle Gerüchte über Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Parteivorständen falsch seien. Diese Bekundung der „Freiheit“ entspricht vollkommen dem tatsächlichen Sachverhalt, daß aber das unabhängige Blatt es für nötig hält, gewissermaßen zur Beruhigung eines Teils seiner Anhänger ein derartiges Dementi zu veröffentlichen, muß immerhin als ein Stimmungszeichen gewertet werden. Die Sozialdemokratische Partei braucht in diesem Punkte nicht im allermindesten ängstlich zu sein, sie weiß sich mit ihren Anhängern vollkommen eins, wenn sie die Wiedervereinigung der gespaltenen politischen Arbeiterbewegung als ihr Ziel proklamiert.

Um es zu erreichen, wird freilich notwendig sein, daß die politische Einsicht im Lager der Unabhängigen weitere Fortschritte macht. Auf dieser Einsicht verstehen wir keineswegs die vorbehaltlose Anerkennung, daß alles, was die Sozialdemokratische Fraktion tut, wohl getan ist. Es genügt, wenn bei den Unabhängigen die Ueberzeugung durchdringt, daß der Einigungsgedanke ein allen tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten voran stellendes Prinzip ist, daß es immer noch besser ist, eine Dummheit gemeinsam zu begehen, als wegen dieser wirklichen oder vermeintlichen Dummheit der Majorität das festbarste Gut der Arbeiterklasse, die Einigkeit, in Scherben geben zu lassen.

Tatsächliche Meinungsverschiedenheiten hat es in der Sozialdemokratie immer gegeben und wird es in ihr immer geben. Auf dem Leipziger Landesparteitag hat der Ministerpräsident Genosse Bud neuerdings die Frage des Verhältnisses zur Deutschen Volkspartei angeknüpft und dabei der Meinung Ausdruck gegeben, man könne zur Not auch mit Mitallidern der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung bilden, wenn sich diese Partei auf den Boden der demokratischen Verfassung stelle. Der Standpunkt des Genossen Bud wird heute nur von einer kleinen Minderheit vertreten, die infolge des offenkundig ultrareaktionären Vorkommens der Deutschen Volkspartei immer kleiner wird. Genosse Bud ist zu seiner Auffassung dadurch gekommen, daß die sozialistische Regierung in Sachsen nur mit Hilfe der Kommunisten eine geringe Mehrheit findet und kann in der Lage ist, auch nur die Bewilligung der Ministergehälter durchzusetzen. Daß die Sozialdemokratie im roten Sachsen keine sichere, festgeschlossene Mehrheit für sich hat, gehört mit zu den unheilvollen Folgen der Spaltung. Wäre diese nicht eingetreten, so brauchte man heute wahrscheinlich nicht darüber diskutieren, bis zu welchem Grade die Sozialdemokratische Partei in Sachsen mit bürgerlichen Parteien zusammengehen kann.

Waren
Preisen
Lackleder
15⁰⁰ 125⁰⁰
Jamen-148
Absätzen-39
27-37 81-85
49⁵⁰ 54⁰⁰
weifen
wand 10⁸⁵
Leinen, 12⁵⁰
weiss 21⁵⁰
gez. 24⁰⁰
er aus 16⁵⁰
no gez. 20⁹⁰
er 32⁵⁰
ner 16⁵⁰
ner 24⁵⁰
Vorrat.
5053
für den
freund.
frau
usw.
4561
ndlang

Keinem ist es in der Sozialdemokratischen Partei verfallen, an einer Taktik, die er für falsch hält, die sachlich stärkste Kritik zu üben. Aber was man hier bis über die Ohren satt hat, das ist jede persönliche Verfeinerung, alles gegenseitige Sichversteigen von Führern, die gerade durch Anwendung solcher Methoden beweisen, daß sie keine wirklichen Führer sind. Was man bis über die Ohren satt hat, das ist auch jene Methode der Politik, die in jedem Augenblick nach Art eigenwilliger Kinder erklärt: wenn nicht geschieht, was ich will, dann nehme ich meine Kuppe und gehe! Davon haben wir genug und übergenug erlebt, und wir wollen nicht wieder in die alten Fehler verfallen, die der deutschen Arbeiterbewegung so ungeheuren Schaden zugefügt haben.

Die Sozialdemokratische Partei steht, wie jeder politische Denker klar erkennt, vor den allergrößten Schwierigkeiten. In Preußen befestigt sich eine Regierung, die unter keinen Umständen gegen rechts regieren zu können glaubt, also ganz nach der Weise der Reichsparteien zu tanzen bereit ist. Der Bestand dieser Regierung ist auch für das Kabinett Wirth eine Gefahr, zumal bei den Demokraten die rechts gerichteten Elemente immer mehr die Oberhand gewinnen, wodurch der allbürgerliche Block mit jedem Tag deutlicher sich vom Horizont der Zukunft abzeichnet. Angesichts dieser starken Einigungstendenzen im Bürgertum ist die Zerstückelung der Arbeiterbewegung eine doppelte Gefahr. Darum will die Sozialdemokratische Partei die Einigung, sobald die Unabhängigen sie in dem gleichen Sinne wollen werden, wird sie da sein.

Bis dahin scheint aber immerhin noch ein gutes Stück Weg, und wir dürfen inzwischen nicht die Geduld verlieren.

Die Last der Milliarden

Von Wilhelm Reil.

Als die Sozialdemokratie im Steueranschlag des Reichstags erklären ließ, daß sie sich an der Beratung der Steuererhöhung nicht beteiligen könne, so lange nicht ein Programm über die Verteilung der gesamten und außerlegten Lasten aufgestellt sei, hätten gewisse Klopffechter der Rechten über „die Steuerfabrik“ der Sozialdemokratie und ihre Verlagen bei der Erfüllung des Ultimatum. Diese Klopffechterunfuglichkeiten beruhten auf böswilliger Entstellung.

So lange man der Schuldenlast durch gesteigerte Inanspruchnahme der Notenpresse zu begehen sucht, ist die Arbeiterklasse der Hauptleidtragende. Jede weitere Million Papiergeld, die in den Verkehr gebracht wird, stellt eine empfindliche indirekte Steuer dar. Sie senkt den Markkurs im Auslande, vermindert die Kaufkraft des deutschen Geldes im Innern und steigert damit die Preise des notwendigen Lebensbedarfs. Die Verbraucher müssen es am härtesten zu spüren bekommen, daß sich die „Radmänner“-Regierung Jehrenbach-Simons durch das Gezer der Herrscher über die „Konfiskatorischen“ Besteuerungen hat abhalten lassen, den Weg fortzusetzen, der bis zum Frühjahr 1920 beschritten worden war, und der zur realen Bilanzierung des Haushalts des Reichs, den die Finanzstrategen des kaiserlichen Regimes so leichtfertig dem Bankrott nahegebracht hatten, führen sollte.

Warum hat man im Jahre 1920 die gewinnreichen Aktiengesellschaften mit einer Steuer davonommen lassen, die vielfach kaum den vierten Teil der im Jahre zuvor von den Ländern erhobenen Steuer betrug? Warum hat man den Emissionskempel nicht kräftig erhöht, als sich die Kapitalanlage in Gesellschaften gegenüber dem Vorjahr verzehnfachte? Warum hat man nicht den Schuldnotenkempel stark hinaufgesetzt, als die wilde Spekulation auf Kosten der deutschen Wälua einsetzte? Warum hat man nicht die Selbststeuer vervielfacht, als sich ergab, daß inmitten von Not und Elend eine Milliarde Mark pro Jahr mit diesem Getränk durch die Köpfe der zahlungsunfähigen Genießer gegossen wurde? Warum hat man nicht die Aufwandsteuer eingeführt, als die Verschwendung immer krasser Formen annahm? Die Reihe der Fragen könnte fortgesetzt werden?

Welche Summen müssen aufgebracht werden?

Das Kloster bei Sendomir

Novelle von Franz Grillparzer
(Fortsetzung.)

„Die Nacht war kühl und dunkel. Die Sterne zwar schimmerten tausendfältig am trauergefärbten Himmel, aber kein Mond beleuchtete der Wandler einsamen Pfad, nur des Grafen Blendlaterne warf kurze Streifenlichter auf den Boden und die untersten Blätter der mitternächig schimmernden Gesträuche.“

„So hatten sie den von seiner ehemaligen Venüßung so genannten Kiergarten durchschritten und waren nun bei jener Barke angelangt, dem eigentlichen Ziel ihrer Wanderung. Da wendete der Graf sich um zu seiner Gattin und sprach: Du bist nun im Begriffe, das verborgenste Geheimnis meines Gatten zu erforschen. Du willst ihn überraschen über dem Bruch seiner heiligen Treue, ihn beschämen in Weisen einer verworrenen Geliebten. Es ist billig, daß Gefahr und Vorteil auf beiden Seiten gleich sei. Bevor du eintrittst, schwöre mir, daß du selber nie eines gleichen Fehls dich schuldig gemacht, daß du rein seist an dem Verbrechen, dessen du jetzt deinen Gatten. Du suchst Ausflüchte, sprach Elga, Weib! fuhr der Graf fort, durchgeh in Gedanken dein verflorenes Leben, und wenn du einen Ratel, ich will nicht sagen, ein Brandmal, darin entdeckst, so tritt nicht ein in dieses Gemäuer. Elga drängte sich, an Grafen vorbei, dem Eingange zu. Er stellte sich ihr von neuem in den Weg, indem er ausrief: Du gehst nicht ein, bevor du mirs eidlich versichert. Lege deine Hand auf das Haupt des Kindes und schwöre! — Da legte Elga die Rechte auf das Haupt der schlummernden Kleinen und sprach: So überflüssig mir ein solcher Schwur scheint, so gut du selbst davon überzeugst bist, wie sehr er es sei, so bekräftige ich doch! — Halt! schrie Starzenski, es ist genug. Trübt ein und sieh!

Der Graf schloß auf. Sie stiegen eine schmale Wendeltreppe hinauf, die zu einer gleichfalls verschlossenen Türe führte. Der Graf öffnete auch diese, und nun traten sie in ein geräumiges Gemach, dessen hinterer Teil durch einen dunklen Vorhang abgetrennt war. Der Graf setzte Stühle an einem vordereckigen Tische zurecht, entzündete an dem Lichte seiner Blendlaterne zwei Wachskerzen in schweren, ehernen Leuchtern, zog aus der Schublade des Tisches ein Dutzend Papiere hervor und wankte seiner Frau, sich zu setzen, in dem er sich gleichfalls niederließ. Elga sah rings um sich her, bemerkte aber niemand. Sie sah und hörte.

Da begann der Graf, dem Lichte näher rüdend, zu lesen aus den Papieren, die er hielt: „Auch bekenne ich, mit der Tochter des Starosten Raschel unerlaubte Gemeinschaft gepflo-

Bei einer auf den 31. Mai 1921 berechneten Verschuldung des Reiches in Höhe von 277 484 Millionen (78 350 Millionen fundierte, 199 134 Millionen schwebende Schuld) beläuft sich der Bedarf des ordentlichen Reichshaushalts für das Jahr 1921 unter Einrechnung der Anforderungen des zurzeit dem Reichstag vorliegenden Haushalts auf 48 459 Millionen, der des außerordentlichen auf 59 680 Mill., zusammen 108 139 Mill. Dem stehen an Einnahmen gegenüber: im ordentlichen Haushalt (einschließlich der erst noch durch neue Steuern zu beschaffenden Summe von 4 250 Millionen) 48 450 Millionen, im außerordentlichen 10 500 Millionen, zusammen 58 950 Millionen. Es sind demnach ungedeckt 49 180 Millionen, und unter Zuzurechnung der aus noch zu beschaffenden Steuern erwarteten Summe 58 430 Millionen.

In diesen Ziffern sind jedoch die Wirkungen des Ultimatum noch nicht enthalten. Zwar weist der bereits beschriebene außerordentliche Haushalt für Reparationszwecke eine Ausgabe von 14 600 Millionen auf, aber davon entfallen allein 8 500 Millionen auf die Befahrungskosten, die neben den Lasten des Ultimatum zu tragen sind. Nur der Rest von 6 100 Millionen findet Anrechnung auf die im Ultimatum festgelegten Verpflichtungen. Diese Verpflichtungen betragen bekanntlich in einem Jahresbetrag von 2 Milliarden Goldmark und im Gegenwert der 26prozentigen Ausfuhrabgabe, für das laufende Jahr etwa 1,3 Milliarden Goldmark, zusammen 3,3 Milliarden Goldmark. Der Gegenwert dieser Summe in Papiermark ist kürzlich im Reichsrat auf 53 Milliarden angegeben worden. Rechnen wir diese Summe die im außerordentlichen Haushalt neben den Befahrungskosten laufenden 6,1 Milliarden an, so bleiben 46,9 Milliarden. Dieser Betrag, dazu die Befahrungskosten von 8 500 Mill., dazu der Fehlbetrag des Haushalts von 53 430 Millionen stellt den Einnahmebedarf des Reiches dar. Insgesamt 108 830 Mill. Die neue Einnahmen sind zu beschaffen beachtet man, daß auf Grund der bestehenden Steuererhöhung in den Haushalten für 1921 an Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben aller Art (einschließlich 7800 Millionen außerordentliche Einnahmen aus dem Reichsnotopfer) 54 709 Millionen Mark eingestrichelt wurden, so belohnt man eine ungefähre Vorstellung von der Größe der Aufgabe. Genau das Doppelte der gegenwärtig für den Reichshaushalt einkommenden muß aus neu zu erschließenden Quellen gewonnen werden.

Der Haushaltsplan für 1921 erleidet sich nun die Aufgabe ein wenig, indem er den gesamten Fehlbetrag des außerordentlichen Etats im Betrage von 49 180 Millionen durch Inanspruchnahme der schwebenden Schuld, also wiederum der Notenpresse zu beschaffen gedenkt. In diesen Bahnen kann aber nicht lange mehr weiter gewandelt werden.

Wir stehen vor der Frage, ob wir rund 110 Milliarden Mark oder, wenn die Betriebsverwaltungen des Reiches (Post und Eisenbahn) ihre Fehlbeträge von fast 20 Milliarden aus eigener Kraft zu decken vermöchten, rund 90 Milliarden Mark weitere Reichseinnahmen jährlich aufzubringen vermögen. Die Feinde der härtesten Heranziehung des Volkes haben es längst gesagt, daß wir das nicht können, und haben darum das Ultimatum abgelehnt. Dessenungeachtet sind sie nicht abgeneigt, neue Verbrauchssteuern in einem Maße zu bewilligen, das nirgends in der Welt ein Beispiel findet. Erst wenn es an den Fehlbetrag gehen soll, fällt ihnen wieder ein, daß sie ja die Erfüllung des Ultimatum für unmöglich halten. Die Obermeister von der Steuerzunft sind mit ihnen der gleichen Meinung wenigstens insofern, als sie die Notwendigkeit und Erfolglosigkeit der ungeheueren Verbrauchsbelastung bejahen, vor „Experimenten“, die neue Wege zur Eröffnung der leistungsfähigsten Vermögensträger gehen, aber dringend warnen.

Mit ihnen soll sich ein zweiter Artikel auseinandersetzen.

Ein „leuchtendes Beispiel“

Was in der „Ordnungszelle“ des Deutschen Reiches, in Bayern, an politischer Vergiftung und Verberbung des Volkes durch reaktionäre, deutsch-völkische Rindies geleistet wird, darüber kann man sich in vielen Deutschen Gauen noch immer nicht die rechte Vorstellung machen. Der „Niesbacher Anzeiger“ steht mit seinen Schimpfereien, mit seiner Verächtlichmachung aller Politiker der Linken und

mit seiner Haß- und Mordpropaganda durchaus nicht so vereinzelte da, wie es kürzlich in der Reichstagsdebatte über den Mord an Garais von deutschnationaler Seite hingestellt wurde. In Nürnberg ist dem „Niesbacher Anzeiger“ ein Helfershelfer entstanden, der ihn noch an Verrohung zu übertraffen vermag. Dieses deutsch-völkische Geisteszeugnis nennt sich „Völkische Stimme“, will ein Wegweiser für Volkserziehung und Volksverbildung sein, und wird von Herrn Hubert Schulze herausgegeben. In seiner letzten Ausgabe brachte es einen Artikel „Von den Faschisten“. Darin heißt es unter anderem:

„Zwischen haben die Faschisten seit Neujahr 202 Völkische, witten geübt, 1141 verurteilt, 120 rote Arbeiterfaszisten, 243 rote Vereinslokale und Genossenschaftsgebäude angezündet und verwüßt. Im Zusammenhang mit diesen politischen Ausschümpfen, die uns als leuchtendes Beispiel vorzuführen sollten, wurden ebenfalls 224 Angehörige der Antifaschistenparteien verhaftet.“

Wem leuchtet es immer noch nicht ein, daß unter dem Kaiserregime in Bayern geradezu Mörder herangezogen wurden? Und diese Verurteilung des politischen Lebens findet die Begünstigung jener Kreise, die glauben die Bildung in Erbpacht genommen zu haben! Und in Bayern gibt es keinen Staatsanwalt, der gegen diese schamlosen Mordanforderungen vorgeht.

Streik und Erwerbslosenunterstützung

Anfangs Juni hat der Reichsfinanzminister dahin entschieden, daß die Gewährung der Reichsbeiträge zur Erwerbslosenunterstützung für den Fall unzulässig sei, daß die betreffende Gemeinde oder der Kreis diese Unterstützung auch für den Fall eines Streikes gewähren. Man kann mit gewissen Einschränkungen dieser Entscheidung zustimmen, denn niemand, der für seine wirtschaftlichen Interessen in den Streik tritt wird dafür Arbeitslosenunterstützung fordern. Wie aber, wenn nach einem Streik eine Weile von Leuten nicht wieder eingestellt und monatlang arbeitslos sind? Für diesen Fall hätte U. G. das Reich die Pflicht, ebenso wie für alle Erwerbslosen zu sorgen. Nun aber hat der preussische Volksfürsorgeminister, mit dessen voller Uebereinstimmung die oben erwähnte Entscheidung des Reichsfinanzministers getroffen wurde, nach der Mitteilung einer bürgerlichen Korrespondenz „zur Behebung von Zweifeln erneut darauf aufmerksam gemacht, daß nicht nur den Arbeitnehmern, die in einem Betrieb beschäftigt waren, der infolge Ausstandes oder Auspörrung in diesem Betriebe ganz oder teilweise stillgelegt worden ist, keine Erwerbslosenunterstützung gewährt werden darf, sondern auch den Personen nicht, die infolge eines in einem anderen Betriebe ausgetretenen Streiks oder einer über den anderen Betrieb verhängten Auspörrung zum Teilern gezwungen sind, sofern nur dieser Betrieb oder diese Auspörrung die Erwerbslosigkeit überwiegend veranlaßt hat.“

Diese Auslegung des Wohlfahrtsministers ist durchaus unhaltbar. Wenn man schon den Streikenden keine Erwerbslosenunterstützung gewährt, so kann man doch unmöglich die nicht direkt am Streik beteiligten oder durch ihn beschäftigungslos gewordenen nicht einfach dadurch bestrafen, daß man ihnen die Erwerbslosenunterstützung entzieht. Noch weniger ist das möglich bei Auspörrungen. Herr Siegenwald ist nicht nur preussischer Wohlfahrtsminister, sondern auch christlicher Gewerkschaftsführer. Vielleicht machen ihn seine Gewerkschaften selbst sehr schnellig darauf aufmerksam, daß die reaktionäre Politik des preussischen Ministerpräsidenten keineswegs auf die Volkswohlfahrt übergründen darf.

Aus der Partei

Der Bezirksauschuh der Sozialdemokratischen Partei Badens

hält am Montag, 25. Juli, vormittags punkt 11 Uhr, zu Karlsruhe im Fraktionszimmer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine wichtige Sitzung ab mit der folgenden Tagesordnung: 1. Landtagswahl 1921. a) Kandidatenaussstellung der einzelnen Kreise, b) Kandidatenvorschläge für die Landesliste, c) Abhaltung des außerordentlichen Parteitag und Feststellung der Tagesordnung desselben. 2. Nichtbeachtung von Parteitagbeschlüssen durch Parteigenossen.

Der Bezirksvorstand rechnet auf das vollzählige und pünktliche Erscheinen aller Ausschuhmitglieder.

Kleinheimbach, 6. Juli. kommenden Samstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Aler“ eine Parteiverammlung statt, zu der alle Mitglieder sowie Volksfreundler eingeladen sind. Genosse Trinius aus Karlsruhe wird einen Vortrag über die politische Lage halten.

Unmenslicher! Verurteilt! Was sinnst du mir zu? — Nun denn! rief Starzenski und hob den weggeworfenen Säbel vom Boden auf. — Halt! schrie Elga, halt! Ich will! Sie stürzte auf ihr Kind los und küßte es, preßte es an ihren Busen, bedeckte es mit Tränen. — Du gauderit! schrie Starzenski und machte eine Bewegung gegen sie. — Nein! nein! rief Elga. Verzeihe mir Gott, was ich tun muß, was ich nicht lassen kann. Verzeihe du mir, was Unglück Geborenes! Damit hatte sie das Kind wiederholt an ihre Brust gedrückt; mit weggewandten Augen ergriff sie eine große Nadel, die ihren Hals zusammenhielt; das Werkzeug blinzt, der bewaffnete Arm — Halt! schrie plötzlich Starzenski. Darin wollte ich dich haben! sehen, ob noch eine Nadel in dir, die wert des Tages. Aber es ist schwarz, du und Nacht. Dein Kind soll nicht sterben, aber, Schändliche, du und damit stieß er ihr den Säbel in die Seite, daß das Blut in Strömen empor sprang und sie hinfiel über das unbedeckte Kind.

(Schluß folgt.)

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Koch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamerstr. 121 h), haben jenseits das 12. und 13. Heft ihres 27. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Deutschlands Leistungsfähigkeit und Deutschlands Arbeiter, von Max Schippel, Leiter des sächsischen Gemeinwirtschaftsamtes. — Die Verdrängung des europäischen Friedens, von Dr. Ludwig Cieselski, Mitglied des Reichstags. — Deutschland und Ausland, von Max Cohen, Mitglied des Reichswirtschaftsrates. — Auf an alle von Victor Wittner. — Zur Frage der Frauenbildung, von Dr. Anna Siemsen. — Arbeitstarifgesetz und Gewerkschaftsweisen von Dr. Philipp Loewenfeld. — Fortschritte der Sozialpolitik, von Dr. India Eger. — Wirtschaftliche Umschau, von Julius Ralinski. — Die Ausnutzung der Bahnerkräfte von Edmund Richter. — Der englische Parteitag, von Bally Popler. — Ueber sozialistische Kultur, von Dr. Carl Mendicke. — Deutsch-Oesterreichs-Anschlußbewegung, von Dr. Ernst Danzburger. — Zur Geschichte der Frauenbewegung, von Dr. Meta Gersten. — Altmobell und Neher, von Dr. Ernst Lau. — Probleme der Geschichtsphilosophie von Dr. Walter Koch. — Berliner Bühnen, von Nora Popler. — Die wirtschaftliche Zukunft Sibiriens, von Fritz Raphaeli. — Die Litteratur, Dünning, Wilhelm Förster, Alfred H. Fried, Karl Garais, Edgar Hoffe, Fritz Nordhoff, Kaufmann, Ernst Pöppert und anderes mehr. Der Preis dieses verführten Heftes beträgt 4 M. (sonst 3 M.) der eines Vierteljahrsabonnements 21.60 M.

Die C

Berlin, in die Hy zu erledigt 12 Uhr.

der Sozial wurde ange der Zahl die folgte die Neuregelun buch; da 30 000 M

Eine m der Gehebe Leistungen Hier ist ein was demer träge zu äußersten angenomm Ebenfal

höhung der vollzieher. schäfte un Abgeordne der Reistun nommen.

Das for justiaminif gow wird Kommunit

Der G G gestellte Hauses. politis über scholaussp sich gegen gegen eine soll. Die v verlag.

Es folg haushaltst Wort zu e sprich sich Erfassung sollen wele werden, eb Bier, Jüti steuer soll gebaut werden alten u 100 Millio auf die B steuern in

Der M programm raten werli die Enten fiens ein U

Im An eine Aussh Verlan n deutichnati jährliche d Trimbom über die m brachte m

chen noch 8 vor allem Am D

Am R Präsidi Das v führung in men. Ang Reichsbeam Disziplinart reutungen i gialpolitisch

Es folg Neuregelun Ab; 2 des Gewerbeord grenze wir (§ 68 des 2 G.W.B. erfo auf 40 000

Ab; 2 die eine re fuge Anbes helle forbe angenomm

Es folg derweilige vordienbeser der. Die 3000 M, bi 7000 M, d 12 000 M, u umfaßt die Der Beitr, wache in La 70, 90, 120, Wochenbeitr 550 M, 650

Ab; 2 Ab; 2 Ab; 2 verlage hin Ab; 2 eines Heim Ab; 2

Ab; 2 Reiches it Ab; 2 Gesellschaft, Der Redner Ab; 2

Ab; 2 Köstle

Die Steuerrede des Reichskanzlers im Reichstag

Berlin, 6. Juli. Der Reichstag will in diesen Tagen in die Ferien gehen. Eine Fülle von Aufgaben hat er noch zu erledigen. Die Mittwochsitzung begann bereits um halb 12 Uhr. Das deutsch-belgische Abkommen zur Regelung der Sozialversicherung in den Kreisen Eupen und Malmedy wurde angenommen, ebenso eine Vorlage über die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Beamtenzivilinstituts. Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Neuordnung verschiedener Paragraphen des Handelsgesetzbuches; danach wird die Gehaltsgrenze von 15 000 M auf 20 000 M heraufgesetzt.

Eine weitverzweigte sozialpolitische Erörterung brachte der Gesetzentwurf über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung. Hier ist eine neue Klasseneinteilung vorgenommen worden, was dementsprechend auch eine Verringerung der Wochenbeiträge zur Folge hat. Ein weitergehender Antrag der äußersten Linken berief der Ablehnung. Die Vorlage wurde angenommen.

Ebenfalls angenommen wurde das Gesetz über die Erhöhung der Gebühren für Rechtsanwälte und für Gerichtsvollzieher. Die Vorlage über die Erweiterung der Wochenbeiträge und der Wöchnerinnenfürsorge rief die weiblichen Abgeordneten auf den Plan. Auch findet eine Erhöhung der Leistungen statt. Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister Schiffer wegen seiner Haltung im Falle Tagow wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Rentenbeiträge aus der Angestelltenversicherung fand ebenfalls die Zustimmung des Hauses. Der Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik über den Alkoholimibbrauch drohte eine große Alkoholsprache zu bringen, weil der Abg. Brodau (Dem.) sich gegen die Forderung aussprach, daß die Regierung sich gegen eine Verlängerung der Polizeistunde aussprechen soll. Die weitere Aussprache über diesen Gegenstand wurde vertagt.

Es folgte die dritte Lesung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan. Reichskanzler Dr. Brüch ergreift hierbei das Wort zu einer Steuerrede. Einen besonderen Ertrag verspricht sich der Kanzler von einer besseren steuerrechtlichen Erfassung des Vermögens und Einkommens. Auch die Kohlen sollen weitgehend herhalten. Die Besitzsteuer soll ausgebaut werden, ebenso die Körperschaftsteuer, die Zuckerversteuerung, Bier-, Zündwarensteuer. Eine Kraftfahrzeugversicherungsteuer soll kommen. Das Reichsnotopfer soll wesentlich ausgebaut werden. Der Reichskanzler hofft auch den ausgebauten alten und neuen Steuern einen Ertrag von 90 bis 100 Milliarden herauszubekommen. Davon kommen 54 1/2 auf die Besitzsteuern, 5 % auf die entbehrlichen Genusssteuern und 38 % auf die übrigen Steuern.

Der Reichskanzler betonte dann weiter, daß das Steuerprogramm, dessen Einzelheiten im Kabinett noch durchberaten werden, nur dann durchgeführt werden könne, wenn die Ententepolitik bezüglich der Sanktionen und Oberschleusen ein Ende nehme.

Im Anschluß an die Ausführungen des Kanzlers fand eine Aussprache statt, die zum Teil einen sehr hitzigen Verlauf nahm durch die Zwischenrufe der Linken. Der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Helfferich errechnete die jährliche deutsche Schuld auf 155 Milliarden. Die Abg. Trimborn (Ztr.) und Keil (Soz.) hielten mit ihrer Kritik über die neuen Steuern zurück. Abg. Dr. Weder (D.N.) brachte manderlei Bedenken zum Ausdruck. Weiter sprachen noch Redner der Kommunisten und Unabhängigen, die vor allem die Rechte angriffen.

Am Donnerstag wird die Aussprache fortgesetzt.

Sitzungsbericht

Berlin, 6. Juli.

Am Regierungstisch Dr. Geadauer, Braun.

Präsident Loh eröffnet die Sitzung um 11.35 Uhr. Das vorläufige Abkommen zur Regelung der Sozialversicherung in den Kreisen Eupen und Malmedy wird angenommen. Angenommen wird der Gesetzentwurf zur Regelung des Reichsbeamtengesetzes. (Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Zivilinstituts auf 18.) Der Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen wird auf Antrag des Abg. Steinlopf (Soz.) dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über Neuordnung der in § 88 Abs. 1, in § 74 a Abs. 2 und in § 75 b Abs. 2 des Handelsgesetzbuches sowie in § 183 a, b Abs. 1 der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenze. Die Gehaltsgrenze wird danach von 1500 M auf 20 000 M heraufgesetzt (§ 88 des H.G.B. und § 183 a, b der G.O.). Beim § 74 a des H.G.B. erfolgt eine Herabsetzung auf 12 000 M und bei § 75 b auf 40 000 M.

Abg. Thiele (D. Vp.) empfiehlt eine Ausschüßentstellung, die eine rechtzeitige Vorlegung eines Gesetzes über die vorläufige Verringerung des Wettbewerbsverbotes für technische Angelegenheiten fordert. — Die Vorlage wird mit den Entschlüssen angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung. Der Ausschuss hat die Lohnklassen verändert. Die erste Klasse geht bis zu 1000 M, die zweite Klasse bis 3000 M, die dritte Klasse bis 5000 M, die vierte Klasse bis 7000 M, die fünfte Klasse bis 9000 M, die sechste Klasse bis 12 000 M, die siebente Klasse bis 15 000 M und die achte Klasse umfaßt die mehr als 15 000 M betragenden Arbeitsverdienste. Der Beitragssatz der Invalidenrente beträgt für jede Beitragswoche in Lohnklasse 1 10 %, in den weiteren Lohnklassen 80, 50, 70, 90, 120, 150, 180 %. Bis zum 31. Dezember 1926 wird als Wochenbeitrag in den Lohnklassen erhoben 8.50 M, 4.50 M, 5.50 M, 6.50 M, 7.50 M, 9 M, 10 M, 11.50 M.

Abg. Hebel (Soz.) berichtet über die Ausschüßberatungen.

Abg. Weiskopf (Ztr.): Wir lehnen alle über die Regierungsberichte hinausgehenden Anträge ab.

Abg. Frau Behn (D.N.) wünscht baldige Verabschiedung eines Heimarbeitergesetzes.

Abg. Erkelenz (Dem.): Bei der finanziellen Notlage des Reiches ist eine weitere Erhöhung nicht zu umgehen.

Abg. Bary (Komm.): Das Reich muß jedem Mitglied der Gesellschaft, wenn es in Not geraten ist, die Existenz sichern. Der Redner lehnt die Beitragsverhöhung ab.

Abg. Andre (Ztr.): Man kann doch nicht gleichzeitig für erhöhte Leistungen eintreten und die Beiträge ablehnen.

Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, monach auf die Landwirtschaft besondere Rücksicht genommen werden soll, wird abgelehnt. Die Ausschüßvorlage wird angenommen.

Abg. Kaiser (Soz.): Wir haben uns im Ausschuss davon überzeugt, daß es angesichts der Notlage der Versicherungsnehmer nicht möglich ist, alle Wünsche zu erfüllen. Wir müssen die Anträge, die wir schon früher gestellt haben und die von den Unabhängigen nun wieder eingebracht werden, bis zum Herbst zurückstellen.

Die unabhängigen sozialistischen Anträge auf Erhöhung der Leistungen werden darauf abgelehnt. Der Rest der Vorlage wird im wesentlichen nach den Ausschüßbeschlüssen angenommen. Ebenfalls angenommen wird das Gesetz über die Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Erweiterung der Wochenbeiträge und Wochenfürsorge. Der Ausschuss hat einige Verbesserungen der Vorlage vorgeschlagen. Unter anderem soll das Wochenlohn 3 M und das Stillgeld 1.50 M täglich betragen.

Abg. Schröder (Soz.) berichtet über die Ausschüßberatungen.

Abg. Frau Agnes (Unabh.): Die Ausschüßanträge dürfen keineswegs die einschlägige Not der Wöchnerinnen beseitigen. Die Rednerin fordert durchweg Erhöhung der Leistungen.

Abg. Frau Wadlow (Komm.) tritt gleichfalls für den Antrag der Unabhängigen ein.

Reichsarbeitsminister Dr. Braun: Ein weiterer Ausbau der Wochenhilfe ist durchaus wünschenswert. Diese Fragen müssen aber erst mit den Krankenkassen und mit dem Finanzministerium besprochen werden. So plätscht geht das nicht.

Abg. Frau Schröder (Soz.): Auch wir wünschen den Wöchnerinnen das Beste. Aber die Krankenkassen würden unter der Last dieser Anträge zusammenbrechen. Die Anträge erfordern einen Mehraufwand von mindestens 12 Milliarden Mark.

Die Vorlage wird darauf mit unwesentlichen Veränderungen in zweiter Lesung angenommen. Die unabhängigen Anträge werden dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Abschließung zum Fall Tagow

Es folgt die zurückgestellte Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister Schiffer wegen seines Verhaltens im Falle Tagow. Das Mißtrauensvotum wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Renteneinpfänger aus der Angestelltenversicherung und über die Erhöhung der Gehaltsgrenze bei der Angestelltenversicherung wurde in dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen, nachdem die Abg. Thiele (D. Vp.) und Lambach (D.N.) ebenfalls ihre Zustimmung gegeben hatten.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik über den Alkoholimibbrauch. Der Ausschuss fordert einen Gesetzentwurf gegen den Alkoholimibbrauch, Bekämpfung der Rührstuben und Dienen und die Alkoholfreikampagne bei den Reichsbahnbahnen. Er fordert die Regierung auf, dem Drängen auf Verlängerung der Polizeistunde von reichsweiten nicht nachzugeben.

Abg. Brodau (Dem.) wendet sich gegen die Forderung, daß die Regierung sich gegen eine Verlängerung der Polizeistunde aussprechen solle. Wir müssen auch die Interessen der gewerblichen Kreise berücksichtigen.

Das Haus vertagt die weitere Aussprache über diesen Gegenstand.

Die Rede des Reichskanzlers

Es folgt die erste Beratung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan. In der allgemeinen Aussprache erhält zunächst das Wort Reichskanzler Dr. Brüch:

Nach den Anregungen des Vorkonzils will der Reichstag Anfang September zu den großen Steuerentwürfen und dem Problem der Reparationen in erster Linie Stellung nehmen. Es ist gewünscht worden, daß ich vor dem Parlament die Steuerpläne der Regierung in allgemeinen Umrissen darlege. Ich habe das heute früh im Reichstagsklub schon getan. Seit zwei Jahren arbeiten wir an der ungeheuer schweren Aufgabe der Liquidation des Weltkrieges. Damals stand die Summe, die wir aus dem Friedensvertrag schulden würden, nicht fest. Hinzu trat die Geldentwertung und nachträgliche Kriegsausgaben. Für die Abwicklung des Krieges und den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft und unserer zerrütteten Volksträfte wurden riesige Kriegsausgaben unsichtbar aufgenommen. Der Wiederaufbau an dem Verlehrsweisen schädigte unsere ganze Volkswirtschaft. Die Entwertung des Geldes ist der zweite Faktor der unsere Finanzlage unübersichtlich gestaltet. Dazu kommt die Forderung der Annäherung des Inlandpreises an den Weltmarktpreis, die Forderung des Uberganges zur freien Wirtschaft. Gegenwärtig beträgt der innere Wert der Mark nur ein Zehntel der Friedensmark, während auf dem Weltmarkt die Mark dauernd schweren Schwankungen unterworfen wird. Auf dem Weltmarkt stellt unsere Papiermark natürlich noch viel weniger dar. Dadurch sind kolossale Verschiebungen zwischen den Rentenbesitzern und den Besitzern realer Werte herbeigeführt worden. Jede Milliarde neuer Schulden ist im Innern nichts anderes als eine Summe von 100 Millionen Goldmark. Jede Milliarde Papiermark des inneren Staats ist nur eine Summe von 100 Millionen Goldmark. Selbstverständlich ist auch jede Mark Einkommen nichts anderes als ein Groschen. Das wird aber beim Steuerzahlen von vielen vergessen. Unter diesem Gesichtswinkel will auch der gesamte Etat angesehen werden: Jede andere Vergleichung bedeutet eine objektive Forderung des deutschen Volkes.

Der außerordentliche Etat für 1921 weist noch die Summe von 69 Milliarden Mark auf. Dieser außerordentliche Etat muß möglichst rasch abgebaut werden. Mit nichts wird in Deutschland mehr Inflation getrieben, als mit der Beurteilung solcher Ziffern. Ich trenne scharf die Erfordernisse, die aus dem Ultimatum erwachsen und die anderen außerordentlichen Ausgaben, z. B. die Ausgaben zur Deckung der Fehlbeträge der Reichsbetriebe, Post und Eisenbahn. Diese müssen möglichst rasch abgebaut werden. Die Ausgaben des außerordentlichen Staats dürfen nicht mit dem Kontributionsetat zusammengezählt werden, da sie dauernde Ausgaben sind. Dieser Kontributionsetat schwanke leider fortwährend nach der Höhe der 20prozentigen Abgabe, nach der Entwertung des deutschen Geldes.

Jede Reparationspolitik und jede Steuerpolitik müssen ab abjudum geführt werden, wenn die Mark dauernd stirzt. Für die Kosten der Besetzung sind für das laufende Jahr 10 Milliarden eingestellt worden. Eine Festsetzung und Beschränkung der Zahl der Besetzung muß unser Ziel sein. Für die Sachleistungen haben wir aufgrund des Ultimatum mit 22 Milliarden Papiermark jährlich zu rechnen. Einschließlich der Besetzungskosten wird sich der Bedarf auf 40 bis 45 Milliarden stellen. Die Kontributionen sind aus laufenden Einnahmen zu beden. Da dürfen wir auch nicht vor schweren Steuern zurückweichen. Wir müssen große Einnahmequellen erschließen.

Damit stehen wir vor der zweiten Etappe der deutschen Finanzreform. Nach der Reform der direkten Besteuerung muß jetzt auch die indirekte Besteuerung einer großen Belastung unterzogen werden. Daneben muß auch die direkte Besteuerung in den noch ausbaufähigen Punkten verstärkt werden. Neue Anordnungen werden wir im Auge behalten. Aber gerade auf dem Gebiet der Steuer ist eine gewisse Kontinuität außerordentlich wichtig.

Der Reichsfinanzminister erörterte dann den in Frage kommenden Ausbau der alten und die Schaffung von neuen

Steuern: Zunächst ist ins Auge gefaßt eine starke Erhöhung der Körperschaftsteuer und der Steuer für Kraftfahrzeuge, eine Versicherungssteuer, Ausbau der Zuckerversteuerung, der Biersteuer, Verringerung des Branntweinmonopols, Erhöhung der Zündwarensteuer. Unbedingt erforderlich ist auch eine Erhöhung des Ertrags des Reichsnotopfers, um der eingetretene Entwertung der Mark zu entsprechen. Um einen Ausgleich zwischen der Belastung der Besitzer von Realvermögen und der starken Belastung der Besitzer von Papiervermögen zu schaffen, muß ein Ausgleich durch periodische neu wiederkehrende Veranlagungen des Reichsnotopfers gefunden werden. Bei vorläufiger Schätzung werden wir von dem so umgebauten Reichsnotopfer einen Jahresertrag von 7 bis 8 Milliarden Mark erwarten können. Der Gedanke der Beteiligung auch der Industrie am Notopfer unterliegt der Prüfung. Es erscheint geboten, den sogenannten Nachkriegsgewinn seit dem 30. Juni 1919 oder seit 31. Dez. 1919 zu erfassen. Ersparnisse sollen dabei gespart werden. Eine bedeutende Vermehrung der Einnahmen der Besitzern erwarten wir durch eine Verbesserung der Steuererhebungsmechanik. Bei der Einkommensteuer rechnet man durch Erhöhung und Abschaffung auf ein Mehrertrömmen von 8 Milliarden. Bei geringer Erhöhung der Kohlensteuer um 5 Proz. rechnet man mit einem Mehreinkommen gegenüber dem Etat von etwa 82 bis 86 Millionen. Die volle Durchführung der Steuererhöhung soll 80 bis 100 Milliarden einbringen.

Ueber ein Kohlenhandelsabkommen schweben Erörterungen. Aus direkten Steuern sollen sich 40 1/2 Milliarden ergeben, aus indirekten 80 1/2. Insgesamt würden sich somit 54 1/2 % auf direkten 7 % auf die entbehrlichen Genussmittel und 38 1/2 % auf alle übrigen Steuern erstrecken. Zur Belastung des Volkes können Länder und Gemeinden noch nachträgliche Steuern erheben. Die Lasten sind also gleichmäßig verteilt, sowohl nach sozialen Gesichtspunkten als mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Tragfähigkeit. Die Minderbemittelten sollen gespart werden.

Die Währungsreform kommt später. Das Steuerprogramm steht erst in seinen Umrissen dar. Ueber die einzelnen Vorlagen wird im Kabinett nach und nach entschieden werden. Eine Liquidation wäre für die Volkswirtschaft gefährlicher als jede noch so schwere Belastung. Gerade die sozial schwächeren Teile der Bevölkerung leiden am schwersten unter der Entwertung des Geldes.

Der Reichskanzler verweist in seinen weiteren Ausführungen auf eine Note der Garantiekommision in der durchgreifende Reformen verlangt werden. Das ist nur möglich, wenn die großen Verbände am deutschen Volkskörper im Westen und Osten geschlossen werden. Die Ländereien an unserer Volkswirtschaft müssen aufhören. Die Politik der Sanktionen legt sich wie Wehrtun auf unsere Arbeit. Dasselbe gilt von der Ententepolitik in Oberschlesien (Weißall).

Wir haben den ehelichen Willen zur Erfüllung unserer übernommenen Aufgaben und erwarten eine rasche Antwort von der Entente über die Sanktionen und Oberschlesien. (Weiß.)

Erregte Aussprache

Abg. Trimborn (Ztr.) unterbrecht die Rede des Reichskanzlers über die Sanktionen und Oberschlesien. Zu den Steuerfragen können wir erst nach sorgfältiger Prüfung Stellung nehmen.

Abg. Helfferich (D.N.): Den Worten über Oberschlesien und über die Sanktionen stimmen wir zu. Sie hätten nur um einen Ton schärfer sein dürfen. (Lärm links.) Wir haben sehr unter unerhörten Erpressungen zu leiden. (Großer Tumult links. — Andauernder Lärm und Zwischenrufe, sodaß der Redner minutenlang nicht in der Lage ist weiterzusprechen. Dauernde Ruhe links: Sie sind an allem schuld!) Abg. Dr. Helfferich (fortfahrend): Der Reichskanzler hat die Finanzmisere noch nicht in ihrem vollen Umfang gezeigt. Unsere gesamten Lasten sind auf jährlich 155 Milliarden Mark zu berechnen. Das kann man nicht aus dem deutschen Volke herauspressen. (Sehr richtig! Rechts.) Was nach dem Programm des Reichskanzlers dem deutschen Volke noch übrig bleibt, ist zum Leben zu wenig, aber noch weniger zum Sterben. Wir haben ein Defizit von mindestens sieben Milliarden Goldmark jährlich. Wie soll das ausgebracht werden? Nach Annahme des Ultimatum ist die Goldmark gesunken. Dadurch deutet sich das Herannahen der Krise an. Das neue Steuerprogramm greift hart in das deutsche Volkswirtschaft ein. Das Schicksal Deutschlands ist das Schicksal Europas und der ganzen Welt. Die Erfüllung des Ultimatum ist unmöglich.

Abg. Keil (Soz.) Innerfort ist das Vorgehen der Entente, aber Helfferich hat kein Recht zu Vorwürfen (Weißall links, Pfeifrufe rechts). Dieses Auftreten des Abg. Helfferich wird nicht nur von dem deutschen Volke, sondern auch von dem Ausland als Provokation angesehen (Pfeifrufe rechts). Helfferichs Zahlen sind ein Spiegelbild der gigantischen Schuld, wie er sie auf uns geladen hat. (Pfeifrufe rechts). Er ist der Urheber des U-Bootkrieges, hat Deutschlands Finanzen zerrüttet und dabei zu seinem Jubiläum beigetragen. (Lachen rechts. Ruf: Revolution!) Helfferich hat das Volk ins Unglück geführt.

Abg. Weder (D.N.) Was wir heute gehört haben gibt uns einen kleinen Vorgeschmack von dem, was wir im Herbst zu hören bekommen werden. Wie in Weimar, vernehmen wir auch jetzt das Wutgeheul der Linken über den Helfferich-Blut. Die Finanzpolitik Helfferichs ist seinerzeit auch von den gesamten Reichsparteien des Reichstages gemacht worden. Aus dem was der Reichskanzler dargelegt hat konnte man alles mögliche und alles unmögliche herauslesen. Alle bis jetzt aufgemachten Finanzpläne haben sich als unrichtig herausgestellt, weil die Faktoren unsicher und unbekannt sind. Das Defizit ändert sich fortwährend. Das Ultimatum ist einfach unerfüllbar. Heute haben wir Agitationspropaganda gehört, wie sie bei den Wahlen im Norden Berlins üblich sind. Glauben Sie (zur Linken) es werden nur in den Kreisen der Besitzenden Steuerhinterziehungen vorgenommen, nicht auch von den Lohnempfängern? Mit der weiteren Heranziehung des Reichsnotopfers wird man die deutsche Wirtschaft vollends zum Erliegen bringen. Dagegen werden wir uns mit allen Kräften wehren. Der Gedanke, das Reich an der deutschen Industrie zu beteiligen ist völlig abzulehnen. Zwei Tage später würde die Entente ihre Hände darauflegen. Die Parteien die das Ultimatum angenommen haben, sollten doch die Arbeitslosigkeit der anderen erhalten. Wir sind zur Mitarbeit bereit, wenn die Franzosen endlich die Sanktionen aufgeben und uns Oberschlesien lassen. Ohne das können wir nicht vorwärts und können das Ultimatum nicht erfüllen.

Abg. Crispian (N.F.P.) Was wir jetzt erleben ist eine Folge des kapitalistischen Imperialismus. Es ist die Krise des Kapitalismus, von dem er sich nicht mehr erholen wird.

Abg. Renath (Dem.) Wir schießen uns dem Protest gegen die unrechtmäßige Aufrechterhaltung der Sanktionen und gegen die unrechtmäßige Vorenthaltung Oberschlesiens voll an. Die Lage wird immer schlimmer und die schwersten Lasten müssen von der Wirtschaft getragen werden. Wir können die Steuern nur aus einer Vermehrung der Leistungen unserer Volkswirtschaft herausziehen. Eine Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit ist gleichbedeutend mit der Abmiegung unseres Wirtschaftslebens, das vielfach verbunden ist mit heute noch ungelösten internationalen Fragen. In der Beurteilung der Steuerfragen müssen wir uns noch Zurückhaltung auferlegen.

Abg. Geyer (Komm.) Herr Helfferich hätte nicht so verhängnisvoll wirken können, wenn er nicht die Unterstützung der bürgerlichen Parteien und die Mitarbeit der Reichspartei-

zialisten gehabt hätte. Der Redner forderte den Einzug des Vermögenszuwachs aller Berufstätiger.

Abg. Leicht (Vohr. Vp.): Wir werden in den Steuerfragen im Herbst einen gerechten Ausgleich finden müssen. Den Worten des Reichstanzlers über die Sanktionen und über Ober-schleisien stimmen wir zu.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Bei der Beratung des Nachtrages zum Reichswirtschaftsministerium wird ein Antrag des Abg. Beder (Dp.), der von allen bürgerlichen Parteien unterstützt wird angenommen, wonach 150 000 M. Zuschuß zu den Kosten des wissenschaftlichen Forschungsinstituts für praktische Handwerkerpolitik zu Hannover, ferner 150 000 M. Zuschuß zu den Kosten der Verbindungsstelle für Handwerk und Gewerbe und 150 000 M. Zuschuß für das wissenschaftliche Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung des Handwerks in Karlsruhe bewilligt werden.

Die erhöhten Beiträge für die Messen zu Leipzig, Frankfurt, Breslau und Stuttgart werden nicht beanstandet. Bei dem Reichsjustizministerium stellt Reichsjustizminister Schäffer fest, daß er seinem Teilnehmer am Skapp-Rußisch die Immunität versprochen habe. Ueber das Verfahren aus Anlaß des Skapp-Rußisches wird dem Reichstage eine Statistik zugehen.

Beim Hausrat des Reichs Ernährungsministeriums teilt ein Regierungsvertreter mit, daß in Berlin der Kartoffelpreis, der am 1. Juli nach 90-100 M. betrug, heute früh auf 70 M. gesunken sei. In Sachen Ärtien die Preise allerdings unerschütterlich hoch zu sein. Die Regierung habe sich aber darüber noch nicht so schnell orientieren können.

Abg. Dulke (Dp.): Die ungewöhnliche Vitterung hat die Kartoffelernte in diesem Jahre bedeutend verzögert. Beim Reichsverkehrsministerium fordert Abg. Bruhn (Dp.) günstigere Tarifbedingungen für Zeitungsdrukpapier.

Der Nachtragsrat wird darauf gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 10 Uhr: Kleinere Angelegenheiten. Schluß der Sitzung 10 Uhr.

Badische Politik

Die badischen Reichstagsabgeordneten und die schwarz-rot-goldene Flagge

Nach dem jenseits erschienenen amtlichen Protokoll der Sitzung des Reichstages vom 27. Juni ds. Js. wurde der Antrag der bürgerlichen Parteien, der die Außerkräftigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten betr. die Einführung der schwarz-rot-goldenen Fahne in die deutsche Handelsflagge verlangt, in namentlicher Abstimmung mit 120 gegen 119 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die badischen Reichstagsabgeordneten stimmten dabei wie folgt:

für den Antrag (also gegen Schwarz-Rot-Gold): der Deutschnationale Dr. Büninger, der Demokrat Dietrich und die Zentrumsabgeordneten Damm und Erting;

gegen den Antrag (also für Schwarz-Rot-Gold) die Zentrumsabgeordneten Fehrenbach und Dr. Wirth und die Sozialdemokraten Niedmüller und Schöpflin;

beurlaubt waren wegen dringender Berufsgeschäfte in der Heimat die Abgg. Oskar Ged-Mannheim (Soz.) und Dr. Hans (Dem.);

gefehlt haben ohne Entschuldigung der Deutschnationale Jücker, der Lib. Volksparteiler Dr. Curtius, die Zentrumsabgeordneten Diez und Jemann und die Unabhängigen Ad. Ged-Offenburg und Schwarz-Mannheim.

Es wurden aus Baden also vier Stimmen für und ebenso viele gegen Schwarz-Rot-Gold abgegeben. Am interessantesten gestaltete sich die Abstimmung der sechs badischen Abgeordneten des Zentrums: zwei stimmten für Schwarz-Rot-Gold, zwei dagegen und zwei fehlten.

Eine konservative Stimme über die „Süddeutsche Zeitung“
Wie sehr die „Süddeutsche Zeitung“ das Maß dessen überschreitet, was eine noch so unbedenkliche Opposition bieten darf, geht aus einem Artikel der „Süddeutschen Konservativen Correspondenz“ von Adam Alder hervor. In Rück Erinnerung an seine gewiß nicht glückseligste Tätigkeit an der einstigen „Badischen Landpost“ schreibt der auch heute noch von starken antisozialdemokratischen Tendenzen durchsetzte Herausgeber der „Südd. Cons. Correspondenz“ zur Steuer der Wahrheit über das deutschnationale Stuttgarter Blatt:

„Was die „Süddeutsche Zeitung“ an Schärfe und Rücksichtslosigkeit des Tons, an plumpen persönlichen Angriffen aufträgt — dagegen nehmen sich die polemischen Stillebungen der „Badischen Landpost“ aus den 90er Jahren wie höfischer Kammerherrn aus. Was insbesondere das Blatt gegen die leitenden Personen des Reiches und Badens an beschimpfenden Angriffen sich leistet, das wurde früher nicht einmal im rohesten sozialdemokratischen Angriffsjargon geübt. Der ehemalige Reichstagsler Fehrenbach als ungefähr veräppelter Gesangsvereinsvorsitzender — das ist nur eine unter den vielen polemischen Delikatessen, die das Stuttgarter Blatt fast täglich seinen Lesern aufstischt. Es ist erstaunlich, daß sich die leitenden Männer im Reich und in Baden derartige Angriffe gefallen lassen. Man braucht das alte Schema der Bismarckbeleidigungsprozesse nicht der Nachahmung empfahlen — aber keine Regierung und Obrigkeit darf sich solche Beschimpfungen gefallen lassen, die eine toll gewonnene Habilität unverantwortlicher Journalisten täglich vorbringt. Was in den letzten Tagen ein Pforzheimer Oberamtsrichter aufschrieb, ist nur zu verstehen, wenn man den Scheiter pathologisch einschätzt. Es hat sich denn auch ein Redner im Reichstag gefunden, der diese Leistung der „Südd. Zeitung“ niedriger kante. Da wurden die ersten Beamten des Reiches und Badens als frivole Rußnicker der Revolution angeprochen. Wenn früher auch nur einem preußischen Affessor — und der war doch die allgemeine Hellscheibe bürgerlicher und radikaler Schiebhütungen — ein ähnlicher Angriff zuteil geworden wäre, so hätte man seinen Kräger auf Monate ins Gefängnis gesteckt. Heute springt man mit den Vertretern der Obrigkeit um, als sei es eine Gesellschaft von Schiefern und Ibsen. Wie der Mann sich wehrt, so wird er gekehrt. Wenn die Regierung hinsichtlich der Aufrechterhaltung ihres Ansehens im In- und Ausland auf ihren falschen schematischen Liberalismus nicht verzichten will, und die Frechlinge nicht an den Ohrlappen zur Strafe zieht, dann darf sie sich nicht wundern, wenn man so mit ihr umgeht.“

Hoffentlich findet diese konservative Mahnung bei den Regierungstellen entsprechende Beherzigung! Aus dem Artikel des Herrn Alder ist dann schließlich noch folgende Feststellung beachtenswert:

„Tatsache ist, daß die Schriftleiter und Mitarbeiter der „Südd. Ztg.“ fast ausnahmslos aus liberalen und demokratischem Lager stammen, wie auch das Gros der Leser dieser Zeitung sich aus liberalen und demokratischen Elementen zusammensetzt, die keineswegs weltanschauungsmäßig rechts stehen, sondern nur aus Opportunismus, weil sie des falschen Glaubens sind, irgend ein starker Mann oder eine starke Regierung könne sie vor der zunehmenden Expropriation des Besitztums schützen. Sie wissen nicht, daß keine Regierung imstande wäre, in allem Hauptfachlichen anders zu regieren. Die heutigen Ruffälle sind das logische Resultat eines imperialistischen, großkapitalistischen und großindustriellen Prozesses, der in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts einsetzte und vom liberalen Bürgertum und der liberalen Intelligenz als eine logische

Potenz des allgemeinen wirtschaftlichen Weltprozesses anerkannt und gepriesen wurde.“

Es sind unangenehme Wahrheiten, die hier den Deutschen nationaler Heimatsinn Trost gesagt werden und gerade deshalb verdienen sie weitgehendste Verbreitung.

Badischer Städtetag

Donauessingen, 3. Juli. Der Verband der mittleren Städte Badens hielt heute nachmittags 5 Uhr die erste Sitzung des 27. ordentlichen Städtetages hier im Rathaus ab. Dazu waren 50 Vertreter der einzelnen Städte erschienen; ferner Ministerialdirektor Jmhoff als Vertreter des Arbeitsministeriums, Ministerialrat Dr. Vender als Vertreter des Ministeriums des Innern, Oberamtmann Weigel-Donauessingen, außerdem Dr. Siedel als Vertreter des Reichsstadteubundes, Bürgermeister Fischer-Donauessingen begrüßte die Erschienenen namens der Stadt Donauessingen. Ministerialdirektor Jmhoff dankte im Namen des Arbeitsministeriums für die freundliche Begrüßung. Ministerialrat Dr. Vender betonte im Namen des Ministeriums des Innern, daß das Ministerium großen Anteil an den Interessen der Städte nehme. Bezüglich der Ertragssteuer bemerkte er, daß der Staat gezwungen sei, auf das Gebiet der Ertragssteuer zu greifen; eine Entlastung, die gang von selbst kommen müße. In der Gemeindeordnungsfrage glaube er, daß die größten Schwierigkeiten beseitigt seien. Die Aenderung des § 4 Ii im Ministerium des Innern außerordentlich bedauert worden. Dem Grundgedanken der Selbstverwaltung der Gemeinden stehe kein Ministerium außerordentlich warm gegenüber. Es sprachen noch Dr. Siedel und der Geschäftsführer Dr. Camp im Namen des Gemeindeverbandes Baden.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Den Jahresbericht erstattete Bürgermeister Dr. Gugelmeier-Bruch. Er dankte den verschiedenen Vertretern für ihr Erscheinen und teilte mit, daß von den Städteverwaltungen bisher 36 000 M. für Oberschlesien eingegangen seien. — Der Hauptpunkt der Tagesordnung ward die

Steuerfrage.

In erster Linie wichtig wären das Verteilungs- und Ertragssteuergesetz. Durch das Verteilungsgesetz des Reichsfinanzministeriums würden die Städte geschädigt. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß einzelne Gemeinden ungeheuer zahlen müßten, während andere trotz ihrer besseren Einnahmequellen ihre Einkommensteuer besser veranlagen würden. Der Kredit unserer Städte sei noch nicht erschöpft. Das Ausland habe mehr Vertrauen zu den Städten als zum Reich. Aber auch dieser letzte Kredit ginge verloren, wenn dieses Verteilungsgesetz nicht geändert werde. Betreffend der Schulden bemerkte er, es sei richtig, daß man sich auf den Standpunkt der Städte gestellt habe, daß der Staat von dem Augenblick an die Volksschulden zu tragen habe, wo das Reich sich der Volksschule annehme. Es sei gerecht, daß die Gemeinden, die sich einen besonderen Aufwand für die Schulen leisten wollten, auch die Kosten tragen. Für die Bürgerlichen, soweit sie nicht den Rahmen einer Volksschule überschreiten, müßte der Staat für die Kosten aufkommen. — Die qualifizierten Grundstücke sollen mit 100 Proz. Zuschlag in die Ertragssteuer eingestuft werden. Auch diese Regelung sei gerecht. Ebenso der Nachmet des Walbertrages und seine höhere Besteuerung. Die Befugnis der Verteilung der Mindesteinkommen habe das Reich zuerst den Städten gegeben, dann aber wieder genommen. Das sei eine Verurteilung, die nicht mehr vorkommen dürfe. Was das Vermögensverhältnis unserer Städte betreffe, so seien die Grundstückssteuern um das Dreifache seit 1914 gestiegen. Die Hauptschuld rühre von den Wohnungsbauten her. Man könne wohl sagen, die Städte hätten sich bisher nicht übernommen, aber Schulden dürften sie nicht mehr machen. — Dr. Siedel führte aus, es müsse endlich einmal mit einer Festlegung an Masse aufgehört werden. Die Gemeinden leiden unter der Unklarheit der Verhältnisse. Die Gemeinden müßten an dem gemeinlichen Aufkommen weiterhin interessiert bleiben. Die Stagnierung der Gemeindefinanzen müsse erkräftet werden. Deshalb hätten die großen Städte vorgeschlagen, daß sie außer den jetzigen 5 Prozent der Umsatzsteuer noch weitere 5 Prozent zugewiesen bekommen. Das Reich müsse endlich einmal gewillt sein, durch ein eigenes Steuergesetz den Gemeinden zu helfen. Der Reichstanzler beabsichtige, die Gemeindefinanzen auf dem neuen Sondersteuergesetz zu stagnieren. 1½ Milliarden soll den Gemeinden daraus zugewiesen werden. In Industrieorten sei die Gemeindesteuer zum Rückgrat der Finanzen geworden. Es sei die wichtigste Aufgabe der Gemeinden, diese Gemeindesteuer auszubauen. Das Reich ginge darauf hinaus, die Umsatzsteuer um 2,5 bis 3 Prozent zu erhöhen. Es müsse Abstand nehmen davon, die Gemeinden noch mehr zu belasten, und die Gemeinden müßten alle Steuerquellen bis auf den Grund ausnützen. Sparanstrengungen seien anzustreben.

Ministerialrat Dr. Vender stellte mit Gedauern fest, daß bei einzelnen Gemeinden sich das Bestreben geltend mache, die Verpfändung des Liegenschaftsbetriebes vorzunehmen. Diese Gemeinden schädigten die Gesamtheit. Die Städte würden auch ohne solche Maßnahmen Kredit bekommen. Durch die Giranzentrale würden alle Schwierigkeiten gehoben. — Dr. Weigel-Bruch unterstrich die Warnung des Ministerialrats, keine Schulden zu machen. Er will die Rieten geklärt haben. — Bürgermeister Kerner-Bruch sprach vor der Einführung der Umlagen durch die Reichssteuerbehörden, ebenfalls davor, die Veranlagung der Umlagesteuer durch die Gemeinden vorzunehmen. Indirekte Steuern können die Gemeinden nicht verringern. Aber man müsse nehmen, was man bekomme. Die Allokation müsse für die Gemeinde herangezogen werden. Die Heranziehung der Umlagesteuer könne er nicht befürworten im Interesse der Exportindustrie. Damit würden der Steuerhinterziehung Tür und Tor geöffnet. Er tritt ernstlich gegen die Steigerung der Rieten ein. Die private Bauindustrie sei nicht in der Lage, die Wohnungslage zu bessern, weil sie durch sein Kreditinstitut die nötigen Kredite bekomme. Die Wohnungsfrage könne nur gelöst werden, wenn die Gemeinde sie selbst in die Hand nehmen. — Bürgermeister Jara-Durlach will Erhebung von Schulden bei den Bürgerlichen. — Bürgermeister Lehmann-Billingen sagt, der Hausbesitz könne keine Lasten mehr tragen. Die Wohnungsausschüsse müßten sich schnell wie möglich eingeführt werden. Man habe vor dem Schuldenmachen gewarnt, aber man habe nicht gesagt, wie man es machen solle, keine Schulden zu machen. — Ministerialrat Dr. Vender hält die Umordnung im Steuerwesen für das Schlimmste. Die Gemeinden mit Waldbesitz könnten schon Abgaben von Steuern ertragen, nicht aber die Gemeinden, die keinen Waldbesitz hätten oder sogar fremden Waldbesitz auf ihrer Gemarkung. Der Grund und Boden sei die Existenz der Gemeinden. Er könne der Gemeinde zur Besteuerung angewiesen werden. — Bürgermeister Siedel verlangt, daß die Gemeinden Einsicht nehmen dürfen in die Steuerveranlagung jedes Einzelnen und bemängelt die Veranlagung zu Umlagesteuern am Lebensmittelpreis der Gemeinde. — Bürgermeister Lehmann-Billingen tritt der Ansicht Dr. Venders bezüglich des Waldbesitzes scharf entgegen. Der Wald habe viele Opfer bringen müssen. Er erinnere nur an das Brennholz. — Zum Schluß wurde ein Antrag auf Erhöhung des Verbandbeitrages auf 15 M. angenommen. Der Rechnungs- und Voranschlagsbericht wurde genehmigt, ebenfalls der Sitzungsberechtigungsbericht. — Der Städtetag 1922 wird auf Antrag des Vertreters der Stadt Ehl in Kehl abgehalten werden. (Fortsetzung folgt.)

Gerichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

Karlsruhe, 6. Juli. Ein rüchloses Verbrechen fand heute vor dem hiesigen Schwurgericht seine Sühne. Des

Wortes

beschuldigt, daß der 1890 zu Pforzheim bei Pforzheim geborene Goldarbeiter Fritz Mohrhardt auf der Anklagebank. Den Vorsitz in der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Dr. Oser, als Vertreter des Justizministeriums war Oberstaatsanwalt Dr. Schmitt anwesend. Mohrhardt hatte als 19jähriger Bursche mit der um 8 Jahre älteren Tochter Elsa des Kabinetmeisters Schwarz in Dürren ein Verhältnis angeknüpft, das nicht ohne Folgen blieb. Das Mädchen brachte im Februar 1920 ein Kind zur Welt. Mohrhardt, der mit der Schwarz förmlich überdrüssig und auch die Taufe mitmachte, wurde des Mädchens schließlich überdrüssig und am 1. Mai 1920 kam es zum Bruch. Der Angeklagte mußte auf Unterhalt des Kindes verlagert und gepfändet werden, allerdings fruchtlos, da er nichts arbeitete. Er leitete den Offenbarungseid, was ihm erst gegen eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten wegen fahrlässigen Falshabes eintrug, weil er ein Fahrrad beseitigt hatte. Im Frühjahr 1921, so gab der Angeklagte an, habe er sich mit der Schwarz abfinden wollen, wobei ihm sein Vater mit einem Betrage von 7-8000 M. beigetragen wäre. Das Mädchen, das jedoch die Hoffnung nicht aufgegeben zu haben schien, daß er sie doch noch heiraten werde, bestand auf Alimente und regte eine mündliche Aussprache an. Am Sonntag, 6. März ds. Js., trafen sich beide auf der Straße Pforzheim-Bauschlatt, die Schwarz mit dem Kinde in Begleitung ihrer Schwester. Nachdem die Schwester mit dem Kinde wieder von den Weiden heimgeschickt worden war, begaben sich Mohrhardt und die Schwarz auf einen Weisenweg etwa 800 Meter rechts der Straße vor dem Keulinger Wald. Dort zog der Angeklagte ohne weiteres Wortwechsel einen Revolver aus der Manteltasche und feuerte auf sein Opfer meuchlings zwei Schüsse ab, deren einer das Herz der Schwarz durchbohrte, während der andere in das Gehirn eindrang. Die Schüsse waren nach dem Urteil des medizinischen Sachverständigen sofort tödlich. Nach der Tat lief Mohrhardt davon. Der Revolver will er wegge-worfen haben. In derselben Nacht wurde er aus dem Weite heraus verhaftet. Der Täter wurde von verschiedenen Zeugen als ein schiedlich beleumdeten Mensch geschildert, dem man das schlimmste zutrauen konnte. Die Geschworenen bejahten die Schulfrage nach Toltschlag ohne Jubilation, mildernden Umstände, worauf das Gericht eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren verhängte.

Aus dem Lande

Pforzheim, 6. Juli. Tot aufgefunden. Gestern vormittag wurde eine 22 Jahre alte Pol-Henke in einer hiesigen Fabrik tot aufgefunden. Ob ein Selbstmord oder ein Unfall vorliegt, ist noch nicht aufklärt.

Badenweiler, 6. Juli. Fester Raubüberfall. Mitteln in der Stadt hat der Adria Gherl von hier vor einigen Tagen einen außerordentlich freien Straßentanz ausgeführt. Er überfiel in der Nacht einen heimkehrenden Burischen, schlug ihn zu Boden und raubte ihm Uhr und Geldbeutel mit Inhabt. Dabei mißhandelte er den Ueberfallenen derart, daß dieser bewusstlos auf der Straße liegen blieb und morgens 3 Uhr von der Polizei blutüberströmt aufgefunden wurde. Der Täter ist verhaftet und ins Amtsgericht Schwetzingen eingeliefert worden.

Heidelberg, 6. Juli. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin veranlaßt vom 2. bis 9. August eine heimatische Studienfahrt nach Heidelberg. Hier werden Vorträge über die Geschichte Heidelbergs und seines Schlosses gehalten. Besichtigt werden das Schloss, die Universitätsbibliothek, die städtischen Sammlungen, der Ringwall und die Karolingerische Basilika auf dem Heiligenberg, ferner Mannheim, Schwetzingen, Bruchsal, Speyer u. a. Orte.

Heidelberg, 6. Juli. Ueber das Verbleiben der beiden vor einigen Tagen hier spurlos verschwundenen Bürgermeister hat man noch immer keine Anhaltspunkte. Die Stadt Herford hat 10 000 M. Belohnung für die Auffindung des Oberbürgermeisters ausgesetzt. Oberbürgermeister Busse befand sich zur Zeit auf einer Ferienreise und kam vor Stuttgart, wo er dem Städtetag beiwohnen hatte. Oberbürgermeister Busse ist 55 Jahre alt und Bürgermeister Berner 42. Nach dem alles Suchen bis jetzt vergebens war, gewinnt die Annahme an Boden, daß die beiden Herren einem Verbrecher zum Opfer gefallen sind und wahrscheinlich in der Nähe Heidelbergs verliert wurden. — Die Angelegenheit gewinnt nun dadurch einen weiteren fremden Charakter, daß neuerdings seit einigen Tagen ein 27 Jahre alter Kaufmann namens Horst Horn aus Berlin verschwunden ist. Er hatte sich in einem hiesigen Hotel eingelagert, wo er mehrere Wochen wohnte, am 21. oder 22. Juni wegging mit der Angabe, sofort wieder zurückzukehren zu wollen. Da der junge Mann keine Botschaft bezahnte und seinen Koffer hier zurückgelassen hat, so dürfte auch der Fall nicht ausgeschlossen sein, daß er einem Verbrecher zum Opfer gefallen ist.

Heidelberg, 5. Juli. Ein in unserer Gegend seltenes Naturereignis war in der letzten Woche zu beobachten. Bei einem heftigen Sturm erhob sich plötzlich eine Windstöße mit einem Durchmesser von etwa 12 bis 15 Meter, die sehr rasch über die Biesen fuhr und feu. samt Ähren und Gabeln, Fruchtstängel in die Höhe wirbelte, so ganze Wiesen mit Ähren abräumte. Nach einiger Zeit regnete das Heu dann auf weit entfernte Wiesen nieder.

Hornberg, 6. Juli. Das letzte Unwetter hat ungeheuren Schaden angerichtet. Im Schöndelgrund und auf der Gemarkung Lauterbach wurde ein großer Teil der Feldfrüchte vernichtet. Ein Wirbelsturm richtete gewaltige Verheerungen an. Vom südlichen Ausgang der Stadt bis zum Säge-werk Dreißhaupt an der Gutach wurden Obstbäume abgeknipft und andere Bäume entwurzelt. Das Holzlager des Sägewerks wurde von der Gewalt des Sturmes auseinander gestreut. Im Frombachle wurden 88 starke Obstbäume vernichtet. Ein wildes Chaos ist der Wald oberhalb des Frombacher Bauernhofes. Auf einer Fläche von 1000 Quadratmeter steht kaum mehr ein Baum. Zwei mächtige Eichen wurden auf das Dach eines Gebäudes geschleudert, ein Teil des Daches vom Sturm davongetragen und bis jetzt noch nicht wiedergefunden.

Freiburg i. Br., 6. Juli. Ein Einbruchdiebstahl wurde in einer der letzten Nächte in einer Villa in der Wiehre verübt, wobei die beiden Räte von der Köchin und dem Zimmer-mädchen überfallen wurden. Es gelang ihnen zu flüchten, nachdem das Zimmermädchen niedergeschlagen war. Verlesungen trug sie keine davon. — In der Güte des Alpenvereins auf dem Schauinsland wurde vor kurzem ebenfalls ein Einbruchdiebstahl verübt, wobei zahlreiche wertvolle Wäse- und Kleidungsstücke entwendet wurden.

Walldorf, 5. Juli. Ein Wölfling. Der 70 Jahre alte Tagelöhner Michael Vogel, ein schon mehrfach vorbestrafter Mensch, begann an kleinen Kindern Sittlichkeitsverbrechen. Er wurde verhaftet.

Kleine Mitteilungen. Die Teilspiele in Oettingheim haben jeden Sonntag außerlaufes Haus. — Nach dem Genusse von Rirschen, auf die er Wasser getrunken hatte, farb der 15jährige Gärtnerlehrling Ludwig Dengler aus Griesheim. Der Fall mag als neue Warnung dienen.

7. Juli, 1888 Jg. geschlossen.

Sozialab-
abends 1/8
haus“ eine
handbelnden
zum deutliche
recht hierzu
organisation
angehörig
diese Verlan-

Stichtag
tag von 1/8
handlung
nen, macht
erweitert eu-

Bereit
Bereit auf
Kriegsurlaub
Kriegsurlaub
Kriegsurlaub
Kriegsurlaub

Ruhel
Die Ru-
Arbeiter wa-
len der S-
Dortar ein
beständlich,
der Arbeiter
ring unterz
in einer Be-
schäftig.

Die vor-
die Arbeite-
schlag; 2. fi-
lage; 3. für
Berechtigun-
tritt vollere
1910 10 Ja-
In den Ru-
Arbeiter, we-
gegeben sind
hat. Ueber
Anführung d-
wurden dem
sation, dem

Die Bef-
sängeld entst-
Grundbesitz,
zugrunde lie-
der 100fache
schlag und in
baren Bezug-
von 100 M. u-
Reu sind d-
K i n d e r z u-
bung in dem
Arbeiter und
für die Beac-
Anshe und in
der im Dien-
neue Regelun-
für die Arbe-
April 1921, i-
benen von A-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Shent

„De
Goffentli-
wert, trocken
wenn auch n-
ist nicht darü-
was das „o
sicht, zeigt n-
gezügelt, ge-
hat. Den In-
hundige kann
hische Schaup-
Ueber die
selbst ange-
Mitglieder mi-
tere Jo, wobei
sehr Bedeutun-
S o l a K a r o-
anheres Ge-
terliche Galt-
tischen Domin-
der sehr hoch
Dr. Kärtner,
Vorzüge. Die
Bressen des R-
gewinnen. H-
Annie K a i-
sie sich und
weiß. Darü-
Feld und in
jenen durch
Gräße vom L-
Fria L o i t e-
temperament-
feinklingende
her. Lot-
Ton“ einen
schlagenden B-
slenkung. Da-
langvoll. K-
fuger Schaup-
in einer gewi-
gewünscht wer-

Aus der Vor

• Karlsruhe, 7. Juli

Geschichtskalender

7. Juli, 1866 Der Pädagoge Adolf Diesterweg in Berlin ... 1868 Der Allg. Deutsche Arbeiterverein vom Kammergericht geschlossen. — 1920 Neues Kabinett (Dr. Mayer) in Oesterreich.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch, 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr, findet im oberen Lokal des städt. „Konzerthauses“ eine Parteiversammlung statt. Neben anderen zu behandelnden Fragen nimmt diese Versammlung auch Stellung zum deutschen Parteitag bezw. zur Wahlkreisreform. Referat hierzu ist Genosse Krink. Die Genossen in Arbeiterorganisationen, besonders aber diejenigen, die den Gemeindefeststellungen angehören, werden ersucht, bei ihren Beratungen auf diese Versammlung Rücksicht zu nehmen.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Jeden Freitag von 7 1/2—8 1/2 Uhr Bücherausgabe in der Vollschriftsammlung, Adlerstraße 16. Parteigenossen und Genossen, macht von unserer reichhaltigen Bibliothek regen Gebrauch, erweitert euer Wissen, denn Wissen ist Macht!

Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend findet die übliche Vortragsversammlung im Handarbeitskloster der Gesellschaft, Kreuzstraße, statt. Stadt. Gen. Böhlinger wird einen Vortrag halten. — Die Reingruppen, die Teilnehmer am Reigen beim Reichsarbeiterportrat, werden ersucht, um 7 1/2 Uhr zu einer Besprechung zu erscheinen. Von 7 1/2 Uhr ab ist Bücherausgabe.

Ruhe- und Hinterbliebenenbezüge der städtischen Arbeiter

Die Ruhe- und Hinterbliebenenbezüge der städtischen Arbeiter waren keineswegs mehr zeitgemäß. Für die Beamten der Stadt wurde in der Bürgerauschussung vom 18. Januar eine Neuregelung getroffen. Es war deshalb selbstverständlich, daß auch die Ruhe- und Hinterbliebenenbezüge der Arbeiter einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Forderung unterzogen werden mußten, wofür die Aufgabe der Stadtrat in einer Vorlage an den Bürgerauschuss gestellt zu werden wünscht.

Die vorliegende Ruheverordnungsordnung sieht vor: 1. für die Arbeiter: Ruhe- und Hinterbliebenenbezüge und Teuerungszuschlag; 2. für die Witwen: Witwen- und Teuerungszuschlag; 3. für die Waisen: Waisenzuschlag und Teuerungszuschlag. Die Berechnung auf Ruheverdienst soll jedem beim Dienstvertritt vollwertigen Arbeiter, der nach vollendetem 20. Lebensjahre 10 Jahre im Dienste der Stadt stand, gewährt werden. In den Ruhestand versetzt kann ein ruheberechtigter Arbeiter, wenn 1. die Voraussetzungen des § 1255 der B.C.O. gegeben sind und 2. wenn er das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat. Ueber die Verlegung in den Ruhestand entscheidet nach Anhörung des Betriebsrats der Stadtrat. Die neuen Sätze werden im Einverständnis mit der gemeinschaftlichen Organisation, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, festgelegt.

Die Bestimmungen über Ruhe- und Hinterbliebenen- und Waisenzuschlag entsprechen im wesentlichen den bisher schon gültigen Grundätzen. Eine Änderung tritt nur infolge ein, als der zugrunde liegende Jahresarbeitsverdienst zum 31. März (bisher 31. Oktober) Betrag des Tagesverdienstes ohne Teuerungszuschlag und Kinderzulagen angenommen ist und die anrechenbaren Bezüge aus Unfallrente und der anderweitige Verdienst von 100 M. und 1000 M. auf 240 M. und 2400 M. erhöht sind. Neu sind dagegen die Teuerungszuschläge und die Kinderzulagen. Ihre Einführung findet ihre Begründung in dem gleichartigen Aufbau der Entlohnung der städt. Arbeiter und bedeutet nichts anderes als die Übertragung der für die Beamten anerkannten Grundzüge der Anpassung der Ruhe- und Hinterbliebenenverpflichtung an die Gehaltsregelung der im Dienst befindlichen Angestellten auf die Arbeiter. Die neue Regelung gilt als Teil des Tarifvertrags zunächst nur für die Arbeiter, die in der Zeit ihrer Stellung, also seit 1. April 1921, in den Ruhestand versetzt, sowie für die Hinterbliebenen von Arbeitern, die seit diesem Tage gestorben sind. Die

Stadt hat aber auch unter den Arbeitern Ruheverpflichtungs-empfangern, deren Ruheverpflichtung auf Grund der früher festgesetzten niederen Löhne berechnet worden ist. Diese Ruheverpflichtungs-empfangern erhalten heute noch, wie es auch bei den zur Ruhegesetzten Beamten der Fall war, Teuerungszuschläge von 3800 M. — bezw. 3000 M. — jährlich und außerdem seit 1. April 1920 einen Zuschlag auf die Neuregelung in Höhe der Hälfte des sachgemäßen Ruhelohns bezw. Witwengeldes.

Nach der Vorlage würden an Ruhegehalt erhalten: Ein Arbeiter ohne Kinder der Lohngruppe 1 (Höchstlohn 30 M.) 6884 M., Höchstgrenze 9204 M.; Lohngruppe 3 (Höchstlohn 26 M.) 5928 M., im Höchstfalle 7866 M. Witwengeld für eine Witwe ohne Kinder: Bei Lohngruppe 1 4992 M., Lohngruppe 3 3408 M. Waisenzuschlag für eine Vollwaise: Bei Lohngruppe 1 1724 M., Lohngruppe 3 1574 M.

Nach Inkrafttreten dieser Neuregelung wird die Versorgung der zur Ruhegesetzten Arbeiter und der Hinterbliebenen von Arbeitern insgesamt ungefähr 1.337.500 M. jährlich kosten. Da der bisherige Aufwand einschließlich Teuerungszuschläge rund 882.000 M. betrug, bringt die Neuregelung einen jährlichen Mehraufwand von 875.500 M. Der Jahresaufwand an Löhnen usw. für die im Dienst befindlichen Arbeiter beträgt nach dem Stand vom 1. April 1921 22.736.500 M.

Der Kirchenkauf

Die Kirchen wollten im Preise nicht herunter, weshalb die maßgebende Preisprüfungs- und Liebernahmungsstellen die Preise herabsetzten. Jedoch hatten sie ihre Rechnung ohne die Kirchenbauinhaber gemacht, denn diese lieferten einfach keine Kirchen mehr in die Städte, sondern übergaben sie den Schnapsbrennern. Wohl oder übel mußte die Preisprüfungsbehörde ihre im Interesse der Bevölkerung vollzogene Maßnahme wieder zurücknehmen. Die Folge war, daß die Kirchenpreise auf die alte Höhe wieder hinaufkamen und daher die Kirchenzufuhr auch in unserer Stadt eine sehr befriedigende ist. Aber was nützt eine gute Zufuhr, wenn die große Masse der Bevölkerung nicht in der Lage ist, die Erzeugnisse kaufen zu können? Ein Preis von 2.50 M. bis 2.80 M. und darüber für ein Pfund Kirchen ist einfach unerträglich. Für die minderbemittelte Bevölkerung kommt es deshalb auf das Gleiche heraus, ob die Kirchenbauern die Städte mit der Kirchenzufuhr versorgen, weil sie nicht genug bezahlen oder ob sie die Städte gnädig belassen, wenn sie Ruherpreise zu bezahlen geneigt sind, denn die große Masse der städt. Bevölkerung kann in beiden Fällen entweder keine oder nicht genügend Kirchen sich zulegen. Ein solches rauriges Verhalten der Kirchenbauern trägt aber wesentlich nicht dazu bei, die viel besprochene Verständigung zwischen Stadt und Land herbeizuführen. Das mögen sich die in Betracht kommenden Kirchenbauern merken und überlegen, vorausgesetzt, daß ihnen der blinde Papiergeldwucher und der oft anzutreffende Schnapsdeliriumzustand noch ein Denken zuläßt.

Sonntagsruhe und Ladenschluß in den Verkaufsgeschäften

Vom Zentralverband der Angestellten (Süd Baden) wird und geschrieben:

Seit Jahrzehnten erstrebt die organisierte Angestellten-schaft die völlige Sonntagsruhe sowie einen frühzeitigen Ladenschluß. Unzählige Eingaben an den Reichs- und den Landtage sowie an Gemeinden usw. dienten diesen Bestrebungen. Der Erfolg war bisher immer nur ein teilweiser. Selbst die heutigen mageren Gesetzesbestimmungen werden von den Ladeninhabern vielfach umgangen. Die Handelsaufsicht ist bei weitem nicht in dem Maße ausgebildet, um eine entsprechende Kontrolle ausüben zu können. Die Angestellten in den kleineren Geschäften verfügen, auch über keinerlei Nachmittel, um die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zu erzwingen.

Wir appellieren heute an die freigeberischsten organisierten Arbeiter! Öffnet den Angestellten Licht, Luft und Sonne! Ihr selbst hat euch in den meisten Fällen den freien Sonntagsnachmittag, erfräpft und habt volle Sonntagsruhe. Die Mehrzahl der Verkaufs-Angestellten hat weder das eine noch das andere. Und doch könnt ihr wesentlich den Angestellten zur Erbringung der gleichen Ziele helfen. Vereinigt euch an den Sonntagen jeglichen Einkauf! Verleget an den Wochentagen mit den Einkäufen nicht bis 6 Uhr abends, sondern kommt früher in die Geschäfte. Verleget aber vor allem eure Frauen, ihre Einkäufe rechtzeitig zu tätigen. Allen Beteiligten bleibt viel

Verdruß dabei erpart. In den allermeisten Fällen sind es ja eure eigenen Söhne und Töchter, die von der durch den späten Einkauf bedingten Verlängerung der Arbeitszeit betroffen werden.

Durch einmütige Befolgung dieses Wunsches der Angestellten werden auch alle noch sozial rückständig denkenden Ladenbesitzer überzeugt werden, daß ihr Widerstand gegen diese berechtigten Forderungen der Angestellten ein sinn- und unsichtbarer ist und den Gesetzgeber veranlassen, nicht, wie heutzutage, eine Verschlechterung der Bestimmungen über Ladenschluß und Sonntagsruhe herbeizuführen, sondern dem dringenden Wunsche nach vollständiger Sonntagsruhe auch bei uns im deutschen Reich nachzukommen.

Die Rückerstattung der zuviel-bezahlten Steuerabzüge

Vor kurzem veröffentlichten wir die Antwort des Landesfinanzamtes auf die Anfrage, wann die zuviel einbehaltenen Steuerabzüge für die Einkommensteuer wieder zurückerstattet werden. Nun hat das Reichsfinanzamt, seit dem Reichstag ebenfalls eine diesbezügliche Anfrage an den Reichsfinanzminister gerichtet. Die Antwort des letzteren deutet sich im wesentlichen mit der des Landesfinanzamtes. Nur in der Frage der besonders bedürftigen Steuerpflichtigen gab es noch folgende sehr wichtige Auskunft: Ich habe die Finanzämter anweisen lassen, ausnahmsweise in den Fällen, in denen es sich um besonders bedürftige, in Not befindliche Steuerpflichtige handelt und sich aus der verzögerten Rückzahlung der zuviel einbehaltenen Beträge besonders schwere Härten ergeben, auf Antrag des Steuerpflichtigen dessen Veranlagung vorweg durchzuführen, soweit dies ohne nennenswerte Verzögerung der übrigen Veranlagung möglich ist.

Was gilt ein Sowjetrußland? Der Newyork Herald berichtet, daß die russische Regierung für Auslandstelegramme den Kurs des Rubels mit 4000 Rubel auf einen Goldfranken festgesetzt hat. Somit ist ein Dollar 2000 Sowjetrußland wert. Vor dem Krieg kostete ein Dollar annähernd 2 Rubel; der Wert des Rubels wäre somit auf den 10.000sten Teil des Vorkriegswertes gesunken. Aus Saratow wird gemeldet, daß ein Rud (16,4 Hq.) Getreide 75.000 Rubel kostet. Vor dem Krieg kam es auf 60 bis 70 Kopfen zu stehen. Demnach gelten 100.000 Sowjetrußland weniger als ein Rubel im Jahre 1914.

Gewaltiges Defizit bei der Abtalsbahn. Die Bilanz der Abtalsbahn weist für das verflossene Geschäftsjahr 1920 einen Verlust von 855.458 M. auf. Dabei sind von Staat und Gemeinden Zuschüsse im Betrage von 4.345.460 M. geleistet worden.

Aus der bürgerlichen Sängerbewegung wird uns geschrieben: Am letzten Sonntag fand im Badentalokal „Alte Brauerei Kammerer“ eine Vertreterversammlung der dem Bad. Sängerbund angehörenden Vereine von Karlsruhe und Umgebung statt zwecks Gründung eines „Sängergaues Karlsruhe“. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden der Karlsruher Sängervereinigung, Eisenbahn-Oberingenieur Kieple geleitet und nahm einen außerordentlich fröhlichen Verlauf, wobei hauptsächlich die Notwendigkeit des engeren Zusammenschlusses der einzelnen Vereine in Gaue zum Ausdruck kam. Nachdem der vorgelegte Satzungsentwurf mit einigen Änderungen Annahme gefunden hatte, erklärten sofort 28 Vereine mit etwa 2500 Sängern ihren Beitritt in den Gau, welcher ein Glied des Bad. Sängerbundes bildet. In einer am 31. d. M. stattfindenden Versammlung wird die endgültige Gründungsversammlung erfolgen, in welcher auch der Gaunatsrat gewählt werden wird um den dem Bad. Sängerbund noch fernstehenden Vereinen Gelegenheit zu geben, durch Anschluß an den Gau die ideale Sache des deutschen Liedes zu fördern und zu stärken. Es ist freudig zu begrüßen, daß durch den engeren Zusammenhalt von Stadt und Land das Ideal des deutschen Liedes ein segensreiches Stadium findet, in welcher ohne Unterschied des Standes das Ziel verfolgt wird, unter Zurücklegung des Persönlichen, nur der Allgemeinheit zu dienen, zum Wohle des gesamten deutschen Volkes.

Lehrbetriebe. Wir verweisen auf die Aufschrift im Anzeigenteil, wonach die Lehrbetriebe für Industriearbeiter G. u. h. S. Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 201, 2. St., ihre sämtlichen, gutausgestatteten Orthopädischen Werkstätten in ganz Baden zum sofortigen Verleaze ausschreiben. Veranlassung zur Auflösung der Lehrbetriebe ist der Umstand, daß die der Gesellschaft bei ihrer Gründung zur Aufgabe gelegten Ziele — Arbeitsbeschäftigung aufzunehmen, solche um- bezw. anzulernen und sie dem wirtschaftlichen Leben als brauchbare Kräfte wieder zuzuführen — erfüllt sind. Im Interesse der Arbeitsbeschäftigung ist selbstständig eine Weiterführung der Betriebe dringend erforderlich, damit die bei der Gesellschaft bis jetzt geschafften sehr wichtigen Neuerungen und Erfahrungen auf dem Gebiete der Orthopädie auch künftighin den Rentenempfängern zugute kommen.

Das Erholungsheim des Badischen Frauenvereins in Marzell im Albthal, das während der Kriegszeit und bis jetzt für schulpflichtige Mädchen dem Verein für Jugendhilfe in Karlsruhe zur Verfügung gestellt war, wird nun auf den 15. August ds. Js. wieder wie früher für Frauen, schulpflichtige Mädchen und Frauen, geöffnet sein. Da der Frauenverein nicht auf Ernte b. abhebt, sondern eine reine Liebesanstalt an der lebenden Menschheit zu über sich berufen fühlt, werden Kolonialwaren und Erholungsbedürftige in dieser letzten Zeit es dankbar begrüßen, in gut eingerichteten Heim bei reichlicher u. d. billiger Verpflegung Unterkunft finden zu können. Näheres durch den Badischen Frauenverein, Karlsruhe, Gartenstr. 49. (Siehe das Inserat im heutigen Blatte).

25jähriges Priesterjubiläum. Wir werden ersucht, auf das im Inseratenteil der heutigen Nummer veröffentlichte Festprogramm zum 25jährigen Priesterjubiläum des Herrn Stadtpfarrer Stumpf auch an dieser Stelle hinzuweisen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geschließungen. Friedrich Storz von Boll, Kaufmann hier, mit Christine Schwarz von hier, Friedrich Wark von Kuppenheim, mit Margarethe Braun Witwe von Wallstadt. Oskar Kurf von hier, Kaufmann hier, mit Elisabeth Wolf von hier. Otto Schmidt von Weinheim, Polizeihauptmann hier, mit Emma Hartung von St. Johann.

Geburten. Otto Fredrich, Vater Emil Nagel, Wirtschändler. Walter von, Vater Lstar Mehlhaff, Installateur. Elisabeth, Vater Jaf. Jost, Straßen-Schaffner. Hermann Jost, Vater Abraham Stal, Handelsmann. Gertrud Maria Theresia, Vater Wilhelm Burgh, Schuhmacher. Anna Maria, V. Karl Stempfle, Schneider. Maria, Vater Ludwig Keitel, Wirtschändler.

Todesfälle. Ernst Wilmann, Schlosser, Chemann, alt 24 Jahre. Richard Schmidt, Wirt, Chemann, alt 88 Jahre. Karolina Wabler, alt 78 Jahre, Witwe von Adolf Wabler, Newyork. Anna Lacher, alt 45 Jahre, gesch. Ehefr. von Wilhelm Lacher, Wirtschändler. Marie Thoma, alt 63 Jahre, gesch. Ehefrau von Laver Thoma, Waler und Wirt. Johann Beder, Schlosser, ledig, alt 44 Jahre. Karl, alt 20 Tage, Vater Karl Frank, Schlosser. Stefan Gartner, Fabrikant, Chemann, alt 57 Jahre. Wilhelm Seibert, Oberberw.-Sekret. a. D., Chemann, alt 68 Jahre. Eise Reih, alt 79 Jahre, Witwe von Rudolf Reih, Steuerassistent a. D. Ludwig Böhme, Newyork, Chemann, alt 28 Jahre.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Operette im Konzerthaus

„Der letzte Walzer.“ Von Oskar Kraus.

Offenlich nicht der aller letzte! Das wäre es keinesfalls wert, trotzdem die ganze Sache sich in einem recht vornehmen, wenn auch nicht ausgeprochen geschmackvollen Ton hält. Viel ist nicht darüber zu sagen wie sehr ein so pitantes Stückchen, wie das „o lala“ des letzten Aktes in die musikalischen Augen fällt, zeigt nur, wie sehr man ja eine Abwechslung in dem zwar gediegene, doch sonst nicht sehr mitnehmenden Einerlei nötig hat. Den Inhalt zu referieren; erübrigt sich. Der Operetten-Handlung kann ihn aus dem Titel herausdestillieren; der russische Schauspiel wird dabei kein großes Hindernis sein.

Ueber die Aufführung, besonders was die Einföhrung selbst angeht, muß noch Urteilsabhaltung gelüßt werden; die Mitglieder müssen sich erst aneinander und nicht zuletzt an unsere so „berühmte“ Konzerthausmusik gewöhnen. Es scheinen sehr bedeutende Kräfte darunter zu sein. Die erste Sängern, Rosa Karoly ließ diesen Schluß aufs Ganze zu. Ihr ganzes äußeres Ensemble ist äußerst einnehmend, die ganze darstellerische Haltung vornehm und geschmackvoll mit einer majestätischen Dominanz. Die Stimme ist schön, klingt, fand sich mit der sehr hoch geschriebenen Partie sehr gut zurecht. Leider besaß der Partner, der Spieltenor Peter Hoenselaers weniger Vorzüge. Die häufige nasale Textaussprache, beim Singen das Pressen des Tones in der Höhe, sowie die Mimik konnten nicht gewinnen. Offenlich ist der erste Tenor besser. Die Solobrette Annie Mainer ist sehr gut. Munter, lebenswürdig gibt sie sich und zeigt im Gesang, daß sie auch hier zu genügen weiß. Darsteller erler Akt sind die beiden Komiker Hans Felde und Julius Krolb; letzterer trat in den Tangen durch seine Dezen, besonders angenehm hervor. Die Kräfte vom Landestheater waren alle ausgezeichnet. Vorab das Trio Lotte Fange-Wale, Anne Tuda und die sehr temperamentvolle Edy Beer. Hermann Lindemanns feinführende Stimme und gewähltes Spiel trat angenehm hervor. Lotzar Kautscher errang bei jedem Wort und „Ton“ einen zwar ungewollten, doch dadurch umso mehr durchschlagenden Fortschritt. Den übrigen eine Gesamterkenntnis. Das Orchester, unter Josef Kellner spielte sehr handvoll. Karl Loebell, der Metronom, zugleich kritikfähiger Schauspieler, verheißt ein gutes Ensemble. Im Ganzen: Der Aufsatz ist gegeben, zwar nicht in allem befriedigend, so doch in einer gewissen doch zu nehmen Richtung, die einzuhalten nur gewünscht werden kann.

Konservatorium der Landeshauptstadt Karlsruhe. Vorspieler: Das dritte eröffnete Elsa Ringensfelder mit den schon gebotenen Variationen über ein Thema von J. S. Bach. Eine Vortons-Schülerin Liesel Walz sang drei Lieber

und die Rignon-Arie mit reizvollen stimmlichen Mitteln. Neben sie trat Karl Oskar Sugg mit der dramatisch angefassten Holländer-Arie von Richard Wagner. Den Abschluß bildete ein von Jenny Deppner, Senta Schiedt und Friedrich Spah gesungenes Terzett. Dazwischen war Violin- und Klaviermusik gestellt. So spielte in klarer Ausarbeitung, Friebe! Koch ein Improvisum von Franz Schubert und Ernst Sieferer mit musikalischem Verständnis zwei Sachen von Robert Schumann.

Das am Donnerstag folgende Vorspiel brachte zur Abwechslung zwei Programmnummern für die Schauspielfläche. Von dem überreichlichen Vorrat Anton Wildgans brachte Hermann Brandt mit gepflegter Aussprache die „Zwiegespräche“. Fei Martha Pflü wählte den Geschichten von Eckstein und Baumdach Reifes auszuweisen. Beide brachten dann zusammen eine Szene aus dem bekannten Lustspiel „Renaissance“ von Schöndant. Eine schöne und gebildete Stimme hat Maria Marleiter, von der wir zwei Lieder hören durften. Die Komik und Arie des Aennchen aus dem „Freischütz“ von Weber war für diesen fünften Vortragsnachmittag vorgesehen. „Annemarie von Cheilus“ trug das Opernkind in einem der folgenden vor und hatte zwar fast unter Indisposition zu leiden, doch konnte man ihre schlanke, helle Sopranstimme hinreichend bewundern. Im übrigen hatte die Violine das Wort. Da ist zunächst Anna Baumgärtner mit guten technischen Anlagen, dann Elsa Hofmann, über deren Können wir in unserer vorausgegangenen Besprechung uns ausgesprochen konnten. Neben sie trat Hermann Dörbach mit einer gut gepflegten Sonate von Tartini. Die Begleitung am Flügel war bei Hedwig Stähel und Berta Dietrich in besten Händen. Abschließend sei die Mozartsonate für zwei Klaviere erwähnt, von Berta Geiger und Berta Ueberholz im Zusammenstimm durchgeführt.

Im nächsten Vorspiel fiel uns der Sopran von Frau Elise Bucher-Rach mit unabweislich dramatischer Veranlagung. Erreulich, wie sicher sie die Senta-Waldude aus Wagners „Holländer“ anfasste, bei welcher ein kleiner Damenchor die Wirkung erhöhte. Auf diesem Gebiete hörte man noch Maria Marleiter und Theresie Pfeufer in zwei anerkanntwert geungen Duetten von Felix Mendelssohn-Bartholdy, dann Jenny Deppner und Oskar Sugg mit einem gleichen, so klarer Wirkung gebrachten aus G. Verdis „Trubadour“. In den Klavier-Vorbereitungen fiel mir wieder der seine Anschlag auf: Bei Elsa Minner mit ihrer Sonate „melancolique“ von A. W. Schöcher und ganz besonders in der Eröffnungsnummer, der Sonate in D-Dur für zwei Klaviere von Hanna Huber und Gertrud Hottengatter prachtvoll zum Leben gebracht. Hierher gehört auch Elisabeth Schmitt mit ihrem Rondo brillant von J. S. Hummel. In der Mitte dieses Programms trat auch ein Kammermusikflöte hervor. Luise Schäfer und Hildegard Später Hugo Friedrich und Gerhard Busenzeiger spielten das Es-Dur Streichquartett von Joseph Haydn mit gut ausgeglichener Zusammenwirken und musikalischem Verständnis für die Aufgabe. (Schluß folgt.)

Tagung. Nächsten Samstag, den 9. ds. Mts., nachmittags 8 Uhr, findet im kleinen Saal der Festhalle Karlsruhe der 11. Badische Handwerker-Vereinstag unter Führung des 1906 gegründeten H.V.-Verbandes stat. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Tagesordnung enthält neben dem üblichen Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht einen Vortrag des in den deutschen Genossenschaftskreisen wohlbekannten Bibliothekars Pola über „Die wirtschaftliche Lage und das gewerbliche Genossenschaftswesen“. Da der badische Handwerker-Genossenschaftsverband z. Bt. 162 Genossenschaften mit über 11 000 Mitglieder zählt, ist ein starker Besuch zu erwarten.

Abhaltung der Gerichtsschreiberprüfung im Jahre 1921. Die nächste Gerichtsschreiberprüfung wird im Monat Oktober 1921 abgehalten werden. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind in der Zeit vom 5. bis mit 20. Oktober 1921 beim Justizministerium einzureichen.

Preussisch-Sächsische Klassenlotterie. Die Ziehung der 1. Klasse der 18/24. Klassenlotterie beginnt am 12. Juli 1921. Zur Auspielung gelangen 12 500 Gewinne mit einem Gesamtvermögen von 2 973 000 M., darunter zwei Hauptgewinne von je 125 000 M.

Sprechzeit im Justizministerium. Im Justizministerium ist für alle Abteilungen, soweit es sich nicht um unaufschiebbare Eilfälle handelt, eine Sprechzeit eingerichtet worden. Sie findet an den ersten fünf Wochentagen von 11 bis 12 1/2 Uhr statt.

Postlagern. Es wird häufig nicht beachtet, daß für postlagernde Sendungen neben der Freigebühr ein Zuschlag von 10 Pf. erhoben wird. Dieser Zuschlag ist bei allen Sendungen zu entrichten, die den Vermerk „postlagernd“ tragen, also nicht nur bei gewöhnlichen Briefsendungen, sondern auch bei Einschreibsendungen, Postanweisungen, Paketen usw. und zwar zusammen mit der Freigebühr. Unterlassungen führen zu Weiterungen und zu Unannehmlichkeiten für den Empfänger.

Valuta-Bericht vom 6. Juli

Markkurs in der Schweiz zirka 7,95 Gts. Auszahlung Holland notierte 24,80 M per holl. Gulden, Schweiz notierte 12,70 M per schw. Fr. England notierte 281 M per Sch. Sterl. Frankreich notierte 6,00 M per frz. Fr. New York notierte 75,75 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 7. Juli 1921

Im allgemeinen dauert unter der Herrschaft des Hochdruckgebietes das heitere, bis wolfige, trodene Wetter an. Voraussichtliche Witterung bis Freitag nach: Etwas stärkere Bewölkung, trocken, mäßig warm.

Wassersstand des Rheins

Schulterinsel 1,55 Meter, gef. 5 Zentimeter; Kehl 2,56, gef. 4; Ragnau 4,15, gef. 6; Mannheim 3,01, gef. 5.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist wieder etwas zurückgegangen, wenn auch nicht im gleichen Umfang wie in der Vormoche. Sie betrug am Ende der Berichtswoche 4057 gegenüber 4107 in der Vormoche. Aufnahmefähig zeigte sich insbesondere das Baugewerbe, dann die Landwirtsch. (Geuernte), in geringem Maße gelang es auch, Arbeitslose in anderen Berufen unterzubringen. An Erwerbslosenunterstützungen wurden 295 502,82 M., an Kurzarbeiterzulagen 41 201,30 M. ausbezahlt. Die Zahl der Kurzarbeiter belief sich am Ende der Woche auf 749 gegenüber 1201 von der Vormoche, die der Nichtarbeitssarbeiter ist sich nahezu gleichgeblieben und betrug 3022.

Die Nachfrage nach Knechten und Mägden in der Landwirtschaft hielt auch in der Berichtswoche an. Hingegen ist die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie im allgemeinen noch recht unbefriedigend, wiewohl sich Anzeichen einer (allerdings geringen) Besserung bemerkbar gemacht haben. In der Forstheimmer Schmutzwarenindustrie sind noch 2000 Männer (gegenüber 3000 von der Vormoche) und 2400 (gegenüber 3300) Frauen mit Kurzarbeit beschäftigt.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie ist in den verschiedenen Bezirken ungleich, im Wiefental ist die Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere für die Seidenindustrie, gut. Dasselbe gilt von der Bruchtaler Papierindustrie, wo sich erheblicher Bedarf an gelübten Tüchtleberinnen geltend gemacht hat.

Betriebsbeschränkungen: Infolge Arbeitsmangels mußten insgesamt 4 Betriebe eingeschränkt werden, wovon 100 Männer und 12 Frauen betroffen sind.

Beitragsänderung in der Invalidenversicherung

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich, wie den „R. P. N.“ mitgeteilt wird, in seiner Sitzung am 2. Juli mit dem Entwurf eines Gesetzes über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung. Der Berichterstatter wies einleitend darauf hin, daß die Verpflichtungen der Versicherungsanstalt seit Einführung der Teuerungszuschläge im Januar 1918 ständig gestiegen sind, ohne daß für die notwendige finanzielle Deckung gesorgt wäre. Außerdem sind die Kosten für Verwaltung und Verfahren wesentlich gestiegen, in zahlreichen Fällen auf das Dreifache. Die Versicherungsanstalten befinden sich also in einer Notlage, die eine Erhöhung der Beiträge zu einer dringenden Notwendigkeit macht. Dies wurde auch von einem Vertreter der Versicherungsanstalten Dr. Schröder R. d. R. B. N. bestätigt.

In der folgenden Erörterung des Gesetzes wurde das wesentliche Änderung gegenüber dem Regierungsentwurf eine Einteilung der Lohnklassen in 8 mit einer letzten Klasse von mehr als 15 000 M. Lohn (§ 1245), eine entsprechende Änderung der Beiträge von 0,10 bis 1,50 M. (§ 1289), Festsetzung des Anteils der Versicherungsanstalt an der Altersrente von 300 bis 2000 M. steigend (§ 1293) und Wochenbeiträge bis zum 31. Dezember 1920 von 3,50 bis 12 M. steigend (§ 1302) befürwortet. Ferner sprach sich der Ausschuss für das Fallenlassen der Altersgrenze von 16 Jahren (§ 1226) für die Versicherungsfähigkeit aus, im § 1291 dagegen für eine Erhöhung der Altersgrenze für Kinder, für die der Empfänger der Invalidenrente Zuschläge erhält, von 15 auf 16 Jahre und Zahlung eines gleichmäßigen Zuschlages von 96 M. pro Kind ohne Berücksichtigung der Kinderzahl. Im übrigen wurde den Paragraphen des Entwurfes bis auf die Ablehnung der darin vorgesehenen Erziehung der §§ 1388 bis 1391 zugestimmt und der gesamte Entwurf mit den beschlossenen Änderungen einstimmig gutgeheißen.

Da der Vertreter der Versicherungsanstalten im Laufe der Erörterung von dem Beitreiben der Anträge berichtete, unter Umständen eine gewisse Anrechnung verschiedener Versicherungen gegeneinander eintreten zu lassen, erklärte sich der Ausschuss durch Annahme folgenden Antrages einstimmig gegen jede solche Anrechnung:

„Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats spricht sich gegen jede Anrechnung der Invalidenrenten auf Beiträge auf Versicherungen oder Versorgungseinrichtungen geschlechtlicher oder privater Natur aus.“

Militärverorgungsgerichtsbeihilferkonferenz für den Militärverorgungsgerichtsbezirk Karlsruhe

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten Gau Baden hatte am vergangenen Sonntag in den Räumen der Hauptfürorgestelle, Schloßbezirk 10, eine Konferenz sämtlicher Beihilfer und Stellvertreter des Militärverorgungsgerichtsbezirks Karlsruhe einberufen. Anwesend waren von 98 Beihilfern, die unserm Bunde angehören, 28. Zwei Beihilfer hatten sich entschuldigt. Von der Gausleitung war Kamerad Fichter, 2. Gauvorsitzender anwesend, der die Leitung der Konferenz inne hatte und die anwesenden Kameraden im Namen der Gausleitung willkommen hieß. Die Tagesordnung war folgende: 1. Referat des Kameraden Kenschler über das Militärverorgungsgerichtswesen. 2. Stellungnahme zur Vergütung der Beihilfer durch das Reich.

Im ersten Punkt behandelt Kamerad Kenschler, Geschäftsführer des Reichsbundes Gau Baden für die Kommisfortialgeschäftsstelle Karlsruhe das Militärverorgungsgerichtswesen. Er schilderte zunächst kurz das alte Rentenverfahren nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz 1906 und kam dann auf die Errichtung der Militärverorgungsgerichte zu sprechen. Redner geht dann weiter auf die Entwicklung der Militärverorgungsgerichte und das neue Spruchverfahren in seiner Praxis des Näheren ein und schilderte die Schwierigkeiten, mit denen der Reichsbund bei Errichtung der Gerichte und der Vergütung der Beihilfer hierzu zu kämpfen hatte. Das unsoziale, bürokratische und engstirnige Verhalten der Haupt- und Versorgungsämter bringen es mit sich, daß die Gerichte mit Arbeit überlastet sind und vor lauter Notzuse nicht mehr ein noch aus wissen. Auch beim Militärverorgungsgericht Karlsruhe sind die Verhältnisse unhaltbar geworden, Dank dem Verhalten des Hauptverorgungsamtes Karlsruhe und der übrigen Versorgungsämter. Die Einführung einer zweiten Kammer ist eine dringende Notwendigkeit. Um die Interessen der Opfer des Krieges vor den Militärverorgungsgerichten richtig vertreten zu können, sei es weiter dringend notwendig, daß sich die Beihilfer aus den Reihen der Versorgungsberechtigten mit der Materie des neuen Gesetzes in allen Punkten vertraut machen und die Referatsreferate sich rechtzeitig an die Organisation wenden und bei Zeiten das nötige Beweismaterial herbeischaffen. Nur wenn beide Teile, Beihilfer und Vertreter, zusammenwirken, können die Militärverorgungsgerichte zum Nutzen der Versorgungsberechtigten weiter bestehen. Die Diskussion über diesen Vortrag war eine sehr reichhaltige und sachliche. Es wurden in der Hauptsache die am hiesigen Gericht gemachten Erfahrungen der Beihilfer gegenseitig ausgetauscht und der bringende Wunsch ausgesprochen, die Gausleitung möge die Beihilfer mit dem nötigen Referatmaterial und mit den einschlägigen Bestimmungen der Erwerbsminderung versehen, damit die Beihilfer am Gericht besser arbeiten können. Ferner wurde beschlossen, alle Vierteljahre eine derartige Konferenz abzuhalten. Der Gausleitung bleibt der Zeitpunkt der Einberufung vorbehalten. Weiter wurde die Gausleitung beauftragt, beim Bundesvorstand in Berlin dahingehend zu wirken, daß er mit allem Nachdruck bei der zuständigen Stelle für eine bessere Bezahlung der Beihilfer an den Militärverorgungsgerichten eintritt. Nachdem die Kameraden Kenschler und Fichter auf die in der Diskussion gemachten Einwendungen und Anregungen geantwortet, konnte letzterer die in allen Teilen harmonisch und gut verlaufene Konferenz mit den Worten des Dankes schließen in der Hoffnung, daß die geleistete Arbeit in Zukunft nutzbringend angewendet wird.

Kleine Nachrichten

Berlin. Wie das „Berliner Tagblatt“ erfährt, wird der Reichskommissar für Wiederaufbau Dr. Guggenheimer am nächsten Freitag zur Fortsetzung der Besprechungen über den Wiederaufbau nach Paris begeben. Während seines einwöchigen Aufenthalts in Berlin haben zahlreiche Besprechungen im Wiederaufbauministerium und mit anderen beteiligten Minister stattgefunden. Da die Verhandlungen noch in vollem Fluße sind, läßt sich einstweilen über das voraussichtliche Ergebnis nichts sagen.

Berlin. Der bisherige Leiter der Außenhandelsstelle im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Prof. Dr. Wiesenfeld, ist zum Geschäftsträger in Moskau ernannt worden.

Strasbourg. Die elsässischen Winger sehen einer trostlosen Weinlese entgegen. Kälte und Mottenplage haben alle Aussichten auf eine gute Ernte vernichtet. In einer Traube werden bis zehn Würmer gefunden, und der Sauerwurm droht großen Schaden zu bringen.

Paris. Aus Lima berichtet die „Chicago Tribune“: In das Arbeitszimmer des Präsidenten der Republik Peru, Leguina, wurde von einem vorbeifahrenden Auto eine Bombe geworfen. Der Präsident war nicht anwesend. Es entstand ein Brand, durch den ein Teil des Amtsgebäudes zerstört wurde.

Brüssel. Der Expresszug Amsterdam-Paris, der heute gegen 12 Uhr Brüssel verließ, entgleiste bei Hemmeres. Ein Postwagen und der Postwagen wurden zertrümmert. Die übrigen Wagen entgleisten. Sieben französische Postbeamte wurden getötet und drei verwundet. Zwei Schaffner wurden so schwer verletzt, daß Lebensgefahr besteht. Außerdem wurden etwa 30 Reisende verwundet. Die Untersuchung weist auf die Möglichkeit eines verbrecherischen Anschlages hin, da die Schienen an mehreren Stellen gelockert waren.

Letzte Nachrichten
Zur Ortsklasseneinteilung

Berlin, 7. Juli. Der Deutsche Beamtenbund hat beim Ausschuss des Reichstags Verhandlungen geführt, in denen grundsätzlich die Beseitigung der Staffelung der Rinderzuschläge und der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen und die Verminderung der Ortsklassen von 5 auf 3 wiederholt verlangt wurde. Inzwischen hat der Reichstagsausschuss für Beamtenangelegenheiten zu der Frage Stellung genommen und der Weiterführung der Beratungen für das endgültige Ortsklassenverzeichnis zugestimmt. Mit dessen Verabschiedung soll die gegenwärtige, den gegenwärtigen Verhältnissen keine Rechnung tragende Staffelung der Rinder- und Teuerungszuschläge nach Ortsklassen in Wegfall kommen.

Der Lohnkampf der elsässischen Textilarbeiter

Mülhausen, 6. Juli. Der Streik in der Textilindustrie geht weiter. Sämtliche Aberteile des Wesslingertales wurden ausgeperrt, nachdem bereits eine Anzahl Betriebe im Streik standen. Im Ausland sind im Unter- und Oberelsaß zur Zeit 68 Fabriken mit etwa 20 000 Streikenden. In Gewebler wurde vorläufig zur Erweiterung der Volksküche zum Anlauf von Lebensmitteln vom Gemeinderat ein Kredit von 10 000 Franken bewilligt. In Sulz, Bühl und Mülhausen denkt man an ähnliche Einrichtungen.

Kämpfe zwischen Bolschewisten und Japanern

Kopenhagen, 7. Juli. Reuters meldet aus Khabarovsk: Aus Tokio wird offiziell gemeldet, daß die japanischen Truppen in Nikolajewsk in Ostibirien von den Bolschewisten überfallen wurden. Es kam zu einem heftigen Kampf. Die bolschewistischen Truppen haben die Stadt Ochsok besetzt. Einem Telegramm aus Moskau zufolge ist General Brusilow zum Oberbefehlshaber der gesamten Sowjettruppen ernannt worden. Anlässlich der Ereignisse im Fernen Osten hat Bruffilow einen Heeresbefehl erlassen, in dem er das gesamte Heer zur Verteidigung des Landes aufruft. Das Sowjetheer wird auf 100 000 Mann veranschlagt.

Briefkasten der Redaktion

A. R. Manteloch. Sprechen Sie einmal bei uns vor. Sieigheim. Wir hatten bereits von anderer Seite einen Bericht über die Faßanweihse erhalten, den wir am Mittwoch brachten. Ihr Bericht kam also zu spät.

Nach Raftatt. Beschwerden wegen etwaiger mangelhafter Zustellung des „Volksfreund“ wollen unsere Bezirker alsbald bei Herrn R. Kenschler, Schloßgasse 6, vorbringen.

Schriftleitung: Georg Schödlin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtssetzung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wir zu 4 Seiten Vereinsanzeiger Bei 5 u. mehr Seiten mit 1,30 die Zeile Bei 1,50 die Zeile

Veranlagungszettelchen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.

Karlsruhe. (Sozialdem. Partei - Bezirk Weierheim.) Heute abend 10 Uhr: Parteiverammlung im Weierheimer Hof. Volksfreundleser sind dazu eingeladen. 5088

Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Samstag punkt 1/8 Uhr: Sängerverammlung im Lokal; 1/7 Uhr: Vorstandssitzung daselbst. 5082

Die Lose der beliebten Badischen Rote Kreuz-Gelbstickerie sind zur Ausgabe gelangt und findet deren Ziehung bereits am 20. Juli statt. Zur Verlosung kommen zur Geldgewinne und zwar zusammen 37 000 M. Der Hauptgewinn beträgt im günstigsten Falle 20 000 M. - Lose zu 2,40 M. sind beim Lotterieu-Unternehmer J. C. Lürmer, Mannheim O 7, 11, und allen Verkaufsstellen zu haben.

Unser

Inventur-Verkauf

ist die beste Einkaufsgelegenheit

Leipheimer & Mende

Achtung! Orthopädie-Industrie

Wir verkaufen wegen Auflösung der Firma sofort unsere der Neuzeit entsprechend eingerichteten **Orthopädischen Werkstätten** für Herstellung von Kunstgliedern, orthopädischen Schuhen usw. in **Karlsruhe, Ettlingen, Mannheim, Freiburg und Konstanz**

Spezialitäten: Fournierholz-Kunstbein und aktiv bewegliche Arbeitsarme

Näheres durch:
Lehrbetriebe
für Industriearbeiter G. m. b. H. in Liquidation
Karlsruhe i. Bad., Kaiserstrasse 201, II.
Liquidator: Freyss.

Saison-Ausverkauf

Herren-Artikel

- Gummi-Hosenträger für Herren, mit Lederpatten . . . Paar 12,50 **950**
- Gummi-Hosenträger für Knaben, mit Lederpatten . . . Paar 9,25 **575**
- Sport-Gummigürtel für Knaben und Herren von **1650** an
- Selbstbinder, grosse Auswahl, in neuesten Mustern Stück 12,50 9,75 **750**
- Strickbinder, Kunstseide Stück **1250**
- Sportkragen, weiss und farbig Stück **425**
- Herren-Sporthemden mit Kragen u. Doppelmanschetten Stück **6800**
- Herren-Trikothemden mit farbigen Einsätzen, weiss und macco, Stück **2950**
- Herren-Socken, schwarz und farbig Paar **575**
- Herren-Taschentücher, mit bunter Kante Stück 4,75 **325**

Wäsche

- Hemdentuch, kräftige Qualität Meter **750**
- Hemdentuch, starktädig Meter **850**
- Sportflanell, gestreift Meter **950**
- Damen-Unterhosen mit Spitzengarnitur St. **975**
- Damen-Unterhosen weiss Trikotgewebe Stück 22,50 **1750**

Korsetts

- Damen-Korsett langhüftig Stück **2250**
- Damen Korsett grau Körperdrell St. **3675**
- Hüftformer aus gutem Drell St. **3550**
- Büstenhalter aus Wäschestoffen Stück 16,75 12,50 **750**

Schürzen

- Damen-Trägerschürzen Wienerform, gestreift Muster Stück **1950**
- Damen-Trägerschürzen in Satin, Dirndl-Strichen Stück **3500**
- Damen-Blusenschürzen in kariert und gestreift Holländerform Stück **3750**

Taschen-Tücher

- Damen-Balnistücher mit farbiger Kante Stück 8,25 **195**
- Damen-Balnistücher weiss, mit Hohlsaum Stück 3,75 **295**
- Damen-Balnistücher weiss, gebogen mit gestickter Ecke Stück **395**

Schmoller

STADTGARTEN

Freitag, den 8. Juli, abends 8-11 Uhr:
Klassisch und Wienerisch
Feuerwehr-Kapelle.

Eintritt: 1,20 Mk. (Jahreskarten), 2,20 Mk. (Sonstige).
Kinder je die Hälfte. **Kartenvorverkauf:** Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. - Bei schlechtem Wetter fällt die Veranstaltung aus.

Saison-Ausverkauf

Aeusserst preiswert
Nur solange Vorrat!

Kinderkleidchen
Kindermäntel

Strickjacken in Ia. Wolle gestrickt und Flauchstücken
reine Wolle, sehr schöne Form u. Qualität Mk. 190,-
von Mk. **26.-** an

Mk. **168.-**

Julius Strauß
Modewaren
Kaiserstr. 169.

Saison-Ausverkauf

Familien-Unterhaltung
mit Kinderbelustigung, Musik, Gesang u. Tanz.

Wir laden hierzu die berechtigten Mitglieder mit ihren weiteren Familienangehörigen herzlich ein. Eintritt für Mitglieder pro Person 0,50 RM. Zubehörfeste einbezogen. Kinder frei. Nichtmitglieder 1,50 RM. ohne Tanz. **Anfang 4 Uhr.** 5079 Der Vorstand.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Barzahlung: Fundstücken vom 1. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter 1 Damenrad ohne Gummi, Wegereiseartikel, Kleider, Kappen, Bürstchen, 36 gebrauchte Garterfügen, Flugblätter, ein eisernes Bettgestell am Dienstag den 12. Juli, vormittags 8 Uhr beginnend in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Maxaubahn). Die besonders genannten Gegenstände werden um 10 Uhr vormittags an versteigert. 1570 Karlsruhe, 6. Juli 1921. Materialamt d. Eisenbahnen-Generaldirektion.

Lebensmittel-Verteilung

Amerik. Weizenmehl: Kopfmenge 500 Gramm gegen die Mehlkarte Nr. 1 zum Preise von 3,80 M für 1 Fund. Ausgabe durch die Bäckereien vom 13. bis 23. Juli.

Kinderabmittel: 1 Paket zu 500 Gramm zum Preise von 6 M gegen die Karte für Kinderabmittel Nr. 25 vom 11. bis 23. Juli.

Rückrechnung der Mehl-Karten mit den laufenden Brotmarken in der Woche vom 25. Juli. 1578

Karlsruhe, den 6. Juli 1921.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung über Lieferung von Hausbrandkohlen.

1. Hiermit wird die zweite 3 Monatsrate für die Heizperiode 1921/22 August - September - Oktober zur Belieferung freigegeben.

2. Die monatlichen Höchstmengen der einzelnen Bedarfgruppen an Kohlen, Koks und Bricketts betragen bis auf weiteres für die Bedarfgruppe:

- A monatlich 2 Zentner
- B monatlich 2 Zentner
- C und D monatlich 3 Zentner
- E und F monatlich 4 Zentner
- G monatlich 4 Zentner
- H monatlich 5 Zentner

Bei Karten mit eingetragenen Jahreshöchstmengen ist die monatliche Höchstmenge der 12 Teil der auf der Brennstoffkarte angegebenen Zahl.

Die monatliche Höchstmenge umfasst den Winter- und Sommerbrand.

3. Wer der zu hohen Kosten wegen die ganze Dreimonatsmenge nicht auf einmal beziehen kann, erhält von seinem Lieferanten auch jede einzelne Monatsrate geliefert.

Ansprüche auf bestimmte Kohlenorten können nicht gestellt werden. Es stehen uns 9 St. fast nur Braunkohlen-Bricketts zur Verfügung. Da Aussicht auf Besserung nicht besteht empfiehlt es sich den Hausbrandbedarf in der Dampfphase mit Braunkohlen-Bricketts zu decken. Karlsruhe, den 1. Juli 1921.
Städt. Brennstoffamt.

Todes-Anzeige.

Gestern mittag verschied unerwartet rasch im Alter von 46 Jahren meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter und Tante

Frau Friederike Kunz
geb. Wüst.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie **Stanklaus Kunz**
nebst Kinder
Konrad Wüst
Herm. Wehelein
und Enkel.

Trauerhaus: Lohfeldstr. 14.

Die Feuerbestattung findet am Freitag mittag 2 Uhr im Krematorium statt. 5089

Volks-Buchhandlung
der Sozialdem. Partei befindet sich
Karlsruhe, Adlerstrasse 16.
Telephon 3701.

Baden-Baden.

Bauartikel-Versteigerung.

Am Dienstag, den 12. Juli 1921, vormittags 9 Uhr werden im Sparrastengebäude (ehem. Weinbude zum Römerbad) gegen Barzahlung öffentlich versteigert: Holzgeräte, 1 Holzbede, Türen, Wand- und Bodenplatten, Dachlatten, 1 Bajschleffel, 5 Unterziegelsteine, 1 großer Kachelofen, 1 eingebauter Wärmeofen, sowie verschiedene Beleuchtungskörper für Gas- und elektrisches Licht. Eine Liste, welche über die zu versteigernden Gegenstände nähere Aufschlüsse gibt, wird vom Hochbauamt an Interessenten unentgeltlich abgegeben. 1574

Hochbauamt.

Ein kleiner Rest Auslandbutter wird in der städtischen Molkerei soweit der Vorrat reicht nachmittags von 3-5 Uhr abgegeben. Preis für 1 Pfund 19,20 M. 1575

Mitamt.

Die weltberühmten Pajonspiele

auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 Meter hoch, 100 Meter tief, in Freiburg i. Br. (unter Zumbenbelegung des alten Oberammergauer Irteries) unter Leitung und Mitwirkung der berühmten bayrischen Christus- und Judasdarsteller, Seider Wolf und Georg Hahn. - Flächeninhalt der Freilichtanlage 4000 qm. - Spielzeit vom 18. Juli ab jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an den Feiertagen bis Ende September. Anfang 1 1/2 Uhr, Ende 7 Uhr. 1600 Mitwirkende. Auskunst und Spitzpfeife kostenlos durch B. Gotthart, Freiburg i. Br., Kaiserstrasse 132, Fernruf 879. Schulen und Vereine erhalten Preisermässigung. Die Freilichtung.

Städt. Konzerthaus
Donnerstag, den 7. Juli 7 bis geg. 10 Uhr M. 12-20

Der letzte Walzer.

Eiserne Bettstelle
mit Seit- und den Preis von 200 RM. zu verkaufen. **Schwägerstr. 16, IV., rechts.**

Schöne Kinderbettstelle
Eisenbaum poliert, Größe 160/75 cm billig zu vert. **Sofienstr. 137 post.**

Grüne Plüsch-Diwans

mit Verzierungen, Dachholzgestell, 32 prima verarbeitete Federn, erstklassige Polsterung mit Friedensmaterial (nicht aus altem Material aufgearbeitet) liefert billig. Freie Lieferung auch auswärts. 5088

Möbelhaus Schaeffer
Durlach, Hauptstrasse 81 b. Bahnhof.

DRUCKSACHEN

ALLERART

für Behörden, Handel u. Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller u. preiswerter Ausführung in: Schwarz- und Buntdruck

Buchdruckerei „Volksfreund“
Karlsruhe Geck & Cie. Luisenstr. 24

Dritsch-Anzüge
und **seidene Hosen**
in allen Größen offeriert billig 5093

Weintraubs
An- u. Verkaufsgesellschaft
Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Diwans!
neue, in Stoff und Plüsch für 500 u. 750 M. zu verkaufen. **Volksfreund** 5088, Schwägerstr. 20.

Asthma
Atembeschwerden und Erkrankungen der Luftröhre auch in ganz verzweigten Fällen ist die Heilung durch ein glänzendes Mittel nach Geheimrat Prof. Dr. v. E. liebreichende Erfolge. Gewissenhafte Auskunft geg. Einbindung von 41.- in Bremen. 1488

Dr. med. Eisenbach
München A 98
Reuhauerstr. 16.

Bruchsaler Anzeigen.

Zusatzkarten

für werdende und stillende Mütter und Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre wollen am Freitag, den 8. Juli 1921, auf der Kartenausgabestelle, Zimmer Nr. 1, von den Empfangsberechtigten abgeholt werden. Die bei der Anmeldung zugewiesene Nummer ist vorzuzeigen. 1578

Bruchsal, den 6. Juli 1921.
Kommunalverband Bruchsal-Stadt
Kartenausgabestelle.

